FLZ Nr.3-2012 Jahrgang 33 Juni 2012

FLZ



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



Proteste gegen die sogen. Inklusionspolitik der Landesregierung in Frankfurt am 22. 03. 2 012. Siehe Seite 5, 9, 10, und 11



Tariftreue statt Lohndumping mit öffentlichen Mitteln

Das hat es noch nie gegeben: Obwohl in einigen Betrieben die Geschäftsleitung die Teilnahme an der Versammlung untersagt und mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht hatte, hielten am 14. 06. fast 500 Beschäftigte von 10 großen Trägern der Sozialen Arbeit gemeinsam eine Betriebsversammlung auf dem Römerberg ab. Nicht die Konkurrenz der Träger, sondern die gemeinsamen Interessen der Beschäftigten standen auf einmal im Vordergrund. Siehe Seite 7

Personalratswahlen an Frankfurter Schulen, Kitas und Uni

Kolleginnen und Kollegen an den Schulen verstärken den GEW-Anteil im Gesamt- und Hauptnersonalrat weiter

Bei den alle 4 Jahre stattfindenden Personalratswahlen hat die GEW ihren Stimmenanteil weiter ausbauen können.

Bei den Wahlen zum Gesamtpersonalrat der Lehrkräfte beim Staatlichen Schulamt Frankfurt am Main gaben 79,2% der beamteten Lehrkräfte ihre Stimme den VertreterInnen der GEW (2008 waren es 77,2% und 2004: 72,7%). Bei den Angestellten war der GEW-Anteil mit 80,27% noch höher.

Auch bei den Wahlen zum Hauptpersonalrat der Lehrkräfte konnte die GEW ihren Stimmenanteil weiter ausbauen und erreichte bei den beamteten Lehrkräften 76,76% (2008 waren es 74% und 2004 69%). Der GEW-Anteil lag bei den Angestellten bei 85,3%.

Die GEW bedankt sich bei den Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen, das in die GEW als stärkste aktive Interessenvertretung der Lehrkräfte gesetzt wird.

An der Frankfurter Uni hat die GEW gemeinsam mit verdi 63% der Stimmen erhalten.

Bei den kommunalen Kitas, in denen sich die GEW in den letzten Tarifrunden stark engagiert hatte, erhielt die GEW, die neben ver.di hier zum ersten Mal mit eigener Liste angetreten war, auf Anhieb 31% der Stimmen.

Presseerklärung des GEW Bezirksverbands Frankfurt

Siehe Seite 2 und 3

Mit Beer und Rentsch mehr "Wettbewerb" und "Privat vor Staat"

Einhalb Jahre vor der nächsten hessischen Landtagswahl wechselt die FDP zwei Minister aus. Aber wofür steht dieser Wechsel?

Die neue Kultusministerin Beer ist 2009 für ein "3-Säulenmodell" zur Finanzierung der Hochschulen eingetreten: Der Staat zieht sich auf eine "Grundfinanzierung" zurück, die Hochschulen müssen dafür Drittmittel einwerben und bekommen die Erlaubnis, "autonom" Studienbeiträge zu erheben. "So könne die Hochschule ihr Profil ausbilden und sich im Wettbewerb mit anderen besser positionieren." (aktuelle Homepage Beer)

Die Verstärkung der Wettbewerbsstellung von Hessen war auch zentrales Anliegen als bisherige hessische Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, "mit Frankfurt als Verkehrsdrehkreuz, als Finanzzentrum und bedeutender Versicherungsstandort der Eurozone und Sitz der Europäischen Zentralbank". (aktuelle Homepage Beer) Da gehen natürlich Flughafenausbau und Bankenlobby vor.

Darin ist sie sich mit ihrem neuen FDP-Ministerkollegen Rentsch einig: "Steuern und Abgaben müssen gesenkt werden ... Soweit es Landessteuern betrifft, muss die steuerliche Entlastung für Bürger und Wirtschaft das Ziel der Steuerpolitik werden." (aktuelle Homepage Rentsch).

Da wird das Geld für die Bildung natürlich noch knapper. Und so passt es auch, dass die neue Kultusministerin das (angebliche) Ziel der Landesregierung, bis zum Ende der Legislaturperiode eine 105-prozentige Lehrerversorgung zu erreichen, als erstes relativiert. "Es kommt am Ende nicht so sehr auf die Zahl an." (hr-Info 31.5.2012).

Ja, man glaubt es kaum: "Wir haben jetzt schon mehr Lehrer an den Schulen als es zur Abdeckung des Unterrichts nötig wäre, so dass es eine freie Spitze gibt, die vor Ort individuell eingesetzt werden kann. Wir versuchen, diese freie Spitze weiter zu vergrößern." (Beer im Höchster Kreisblatt)

Angefeuert von den Jungliberalen, die forderun, "eine optimale Förderung des Nachwuchses kann nur dann gewährleistet werden, wenn die selbstständige Schule schnellstmöglich umgesetzt wird," soll wohl die Verantwortung für die Unterrichtsversorgung ganz auf die jeweilige Schule und ihr Management verlagert werden. Wofür gibt es sonst die gekürzte Budgetierung!

"Auch Florian Rentsch darf im Wirtschaftsministerium den liberalen Kompass nicht verlieren. Für ihn gilt: Privat vor Staat! Wirtschaftspolitik darf nicht zu Lasten des Steuerzahlers und der nachfolgenden Generationen gehen. Marode Unternehmen dürfen nicht sozialistisch auf den Schultern der Jugend gerettet werden, "schreibt das Fulda-Info am 01. 06. 2012.



Kultusministerin Beer Foto: F. Ossenbrink

Privat vor Staat heißt es auch bei den Kitas. Originalton aktuelle Homepage Beer: "Eltern sollen durch die Einführung von Betreuungsgutscheinen Form und Ort der Betreuung Ihrer Kinder frei wählen können. Solche Gutscheine in Form von Krippen- und Kindergartengutscheinen ... sind wesentlich sinnvoller als staatliche Leistungen nach dem Gießkannenprinzip." So denunziert man in FDP-Kreisen eine solidarische Finanzierung von Kitas, die auch eine Tarifbezahlung einschließt!

Neue Akzente in der Schulpolitik bei G-8? Fehlanzeige

Denn Beer steht zu G-8: "Wir hätten national wie international einen riesen Wettbewerbsnachteil, wenn wir unseren Kindern nicht ermöglichen würden, in zwölf Jahren zum Abitur zu kommen. Das wurde mir bei meiner Arbeit als Europastaatssekretärin sehr deutlich. Und ich habe meine Kinder selbst in G 8 ganz bewusst." (Höchster Kreisblatt) Das Pensum müsse aber bewältigbar sein. Das könnte zum einen eine Frage der Wahrnehmung sein: "Vielleicht gibt es hier eine Differenz zwischen subjektivem und objektivem Empfinden," fragt sich Ministerin Beer.

Zum anderen könnte das aber auch an den Schulen selbst liegen, die zu viel machen.

In hr-iNFO vom 31.5.2012 sagte sie, "Kinder müssten Spaß am Lernen haben, dafür müsse ihnen die Schule den Rücken frei halten." Nicht das Kultusministerium ist der Verursacher, sondern es müsse geprüft werden, "ob vor Ort in den G8-Gymnasien tatsächlich nach den reduzierten Lehrplänen unterrichtet werde."

Zur sogen. "Inklusion" nichts Neues: "Weil die Umsetzung der Inklusion sehr emotional diskutiert wird, wollen wir sehr behutsam und Stück für Stück vorgehen. Wir werden die Förderschulen erhalten. Auf der anderen Seite aber auch mehr Förderschullehrer in das allgemeine Schulsystem hineingeben." Wie sie das machen will, verrät sie nicht.

Und noch ein Scherz zur "selbstständigen Schule": "Im Vergleich zu dem, wo wir herkommen, gibt es wesentlich weniger Berichtspflichten, Aufwand und Bürokratie. Das ist unter dem Strich ein Erfolg," sagt Frau Beer. Da hat sie von den neuen Managementaufgaben und der Schulinspektion aber noch nicht wirklich viel mithekommen

Alles eine Frage des Marketings

Und wie kann man die Ziele der neuen Kultusministerin zusammenfassen, fragt das Höchster Kreisblatt. Frau Beer antwortet: "Qualitätsoffensive Schule muss als Gesamtbild am Ende dastehen. Ich will vermitteln, dass wir uns mit Herz und Verstand dafür einsetzen." Und das Höchster Kreisblatt prompt: "Sie wollen also die bisherige Schulpolitik besser verkaufen?"

6 Millionen Laien und 1 Fachfrau?

In ihrem neuen Amt fühlt sich Beer nach eigenem Bekunden wie Bundestrainer Jogi Löw. Der habe es mit 80 Millionen Fußball-Experten zu tun, die hessische Kultusministerin stehe sechs Millionen hessischen Bürgern gegenüber, die alle ihre Erfahrungen mit Schule gemacht hätten. (hr-Info 31.05.12)



Zum Thema Fiskalpakt, siehe Seite 14 bis 16

SEITE 2 FLZ Nr. 3/12

PERSONALRATSWAHLEN 2012

Personalratswahlen zur Wahl des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main

Wahl zum GPRLL - Gruppe der Beamtinnen und Beamten

Anzahl der Wahlberechtigten: 5383

Anzahl der abgegebenen Stimmen: 4099 (Wahlbeteiligung: 76,1%)

Ungültige Stimmen (bzw. Enthaltungen): 155 (3,8% der abgegebenen Stimmen) / Gültige Stimmen: 3962

Von diesen Stimmen entfielen auf Liste 1 (GEW) 3138 (79,2%)

Liste 2 (DLH) 634 (16,0%) / Liste 4 (VBE) 190 (4,8%) / Die 18 Beamtensitze wurden wie folgt verteilt: Liste 1 (GEW) 14 Sitze / Liste 2 (DLH) 3 Sitze/ Liste 4 (VBE) $1\ \mathrm{Sitz}$

Die Verteilung der Sitze auf die Geschlechter wurde gemäß § 24 Abs. 2 der Wahlordnung vorgenommen. Danach erhalten: Liste 1 (GEW) 9 Frauen- und 5 Männerplätze / Liste 2 (DLH) 2 Frauenplätze und 1 Männerplatz / Liste 4 (VBE) 1 Frauenplatz

Hiernach und gemäß den eingereichten Wahlvorschlägen sind folgende Kolleginnen und Kollegen als Beamtenvertreterinnen und -vertreter Mitglieder im GPRLL:

Von Liste 1 (GEW): Christiane Treffert, Sebastian Guttmann, Meike Bär, Rainer Koch, Christa Sperr-Straub, Ernst Olbrich, Hanne Hirn, Henrich Zorko, Maike Wiedwald, Ulrich Hildebrand, Ingeborg Ulrich, Claudia Glock, Martina Dunkel-Volknandt, Sabine Friedrich.

Wahl zum GPRLL - Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Anzahl der Wahlberechtigten: 1118

Anzahl der abgegebenen Stimmen: 614 (Wahlbeteiligung also: 54,9%)

Ungültige Stimmen (bzw. Enthaltungen): 31 (5,3% der abgegebenen Stimmen)/ Gültige Stimmen: 583

Von diesen Stimmen entfielen auf Liste 1 (GEW) 468 (80,3%) Liste 3 (DLH) 115~(18,7%)

Die 3 Arbeitnehmersitze: Liste 1 (GEW) 2 Sitze (1 Frauen- und 1 Männerplatz) / Liste 3 (DLH) 1 Sitz (Frauenplatz) Danach sind folgende Kolleginnen und Kollegen als Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter Mitglieder im GPRLL: Von Liste 1 (GEW): Margret Kröger Albin Zeidlewitz

Das Frankfurter Ergebnis der Wahl zum Hauptpersonalrat der Lehrer-innen und Lehrer (HPRLL)

Das Wahlergebnis und die Sitzverteilung werden vom Hauptwahlvorstand festgestellt. Zur Information wird hier jedoch das "Frankfurter Teilergebnis" (Übersicht über die abgegebenen Stimmen an den Schulen im Zuständigkeitsbereich des Staatlichen Schulamts für die Stadt Frankfurt am Main) veröffentlicht: Gruppe der Beamtinnen und Beamten: Anzahl der Wahlberechtigten: 5383

Anzahl der abgegebenen Stimmen: 4116 (Wahlbeteiligung also: 76,5%) / Ungültige Stimmen (bzw. Enthaltungen): 155 (3,8% der abgegebenen Stimmen) / Gültige Stimmen: 3958

Von diesen Stimmen entfielen auf Liste 1 (GEW) 3039 (76,8%) / Liste 2 (DLH) 540 (13,6%) / Liste 3 (UL) 231 (5,8%) / Liste 4 (VBE) 148 (3,7%)

Gruppe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Anzahl der Wahlberechtigten: 1118 / Anzahl der abgegebenen Stimmen: 614 (Wahlbeteiligung also: 54,9%) / Ungültige Stimmen (bzw. Enthaltungen): 35 (5,7% der abgegebenen Stimmen) Gültige Stimmen: 57

Von diesen Stimmen entfielen auf Liste 1 (GEW) 494 (85,3%) / Liste 2 (DBB) 85 (14,7%)

Personalratswahlen im Eigenbetrieb kita frankfurt verliefen für die GEW erfolgreich

Die Personalratswahlen verliefen im Eigenbetrieb kita frankfurt für die GEW-Liste mit 4 Sitzen und 31% der Wählerstimmen erfolgreich.

In den neuen Personalrat wurden Petra Erasmi, Anne-Maren Horn, Beate Hoffmann und Esmeralda Lehmann gewählt. Wir gratulieren allen gewählten Personalrätinnen und wünschen ihnen viel Erfolg und Kraft für ihre (neue) Aufgabe!

Der Personalrat des Eigenbetriebes hat 15 Sitze, davon einen Beamtenplatz und 14 Arbeitnehmerplät ze, hierunter nur einen Männerplatz, der an die größere Gewerkschaft ver. di ging.

Zum Personalratsvorsitzenden wurde Ralf Fröhlich (ver.di) wiedergewählt. Petra Erasmi und Maren Horn sind für die GEW-Liste als stellvertretende Personalratsvorsitzende gewählt worden. Herzlichen Dank auch an die Nachrückerinnen und Nachrücker auf der Personalratsliste der GEW, die mit ihrem Engagement ebenfalls dazu beigetragen haben, diesen Erfolg zu ermöglichen. Ein großes Danke-Schön an die Beschäftigten des Eigenbetriebs, die uns mit ihrer Stimme ihr Vertrauen ausgesprochen haben!



Petra Erasmi Jahrgang 1964, Leitung "Ich kandidiere für den Personalrat, weil ich die Vielfalt im Personalrat für alle Beschäftigten als große Chance sehe."



Anne-Maren Horn Jahrgang 1958, Büroangestellte

"Ich kandidiere für den Personalrat, weil die Entwicklung des Betriebes unser aller Anliegen ist und ich diesen Prozess konstruktiv begleiten möchte."



Beate Hoffmann Jahrgang 1961, Leitung "Ich kandidiere für den Personal-rat, weil ich den Wirkungsgrad der Mitarbeiter- Innenvertretung erhöhen möchte."



Esmeralda Lehmann Jahrgang 1956, Stv. Leitung "Ich kandidiere für den Personalrat, weil ich mich dafür einsetzen möchte, dass der Gesundheitsschutz in den Kinderzentren umgesetzt wird."

Gesamtübersicht: Beamte / GPRLL / nach Schulformen Liste 1 GEW Liste 2 DLH Liste 4 VBE Wahlheah Wahl-Schulformen ungültig gültig Anzahl Anzahl% Anzahl% Stimmen beteil.% Anzahl Anzahl Anzahl% rechtiate Berufliche Schulen 1000 724 72 4% 32 692 529 76.4% 138 199% 25 3.6% Förderschulen 469 334 71,2% 11 323 267 82,7% 27 8,4% 29 9,0% Gesamtschulen 833 635 76.2% 22 613 536 87.4% 62 10.1% 15 2.4% Grundschulen 1138 933 82.0% 26 905 772 85,3% 64 7,1% 69 7,6% 691 281 28,3% 22 Gymnasien 1397 1047 74,9% 53 994 69,5% 1,6% Hauptschulen 58 49 84.5% 2 47 35 74.5% 7 14.9% 5 10.6% Realschulen 222 168 75,7% 183 139 76,0% 30 16,4% 14 7,7% Verbundene Schulen 266 209 78.6% 4 205 169 82 4% 25 12 2% 11 5.4% 5383 4099 76,1% 3962 3138 634 16,0% 190 Summe 155 79,2% 4,8%

Ergebnisse der Wahlen zum Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer Hessen

Zu wählen waren 23 Personalratsmitglieder, davon 20 BeamtInnen und 3 ArbeitnehmerInnen. Von den 20 BeamtInnensitzen entfallen 13 Sitze auf die Frauen und 7 Sitze auf die Männer. Von den 3 ArbeitnehmerInnensitzen entfallen 2 Sitze auf die Frauen und 1 Sitz auf die Männer.

Gruppe der Beamten / Wahlberechtigte: 53.397 / Abgegebene Stimmen: 42.122 (78,88%) Gültige Stimmen: 40.509

Von den gültigen Stimmen entfielen auf die GEW 27.349 (= 13 Sitze und 67,5%, 2008: 65,6%), auf den DLH 17%, die Liste UL 7,9% und VBE 7,5%.

Auf der GEW-Liste wurden folgende Personen gewählt: Angela Scheffels, Heike Lühmann, Bettina Happ-Rohé. Sigrid Krause, Susanne Hoeth, Monika Frobel, Dr. Franziska Conrad, Juliane Kothe, Ingeborg Konradi, Ralf Becker, Stefan Edelmann, Christoph Baumann, Peter Zeichner

Gruppe der Arbeitnehmer / Wahlberechtigte: 8.409 / Abgegebene Stimmen: 5.294 (63%) / Gültige Stimmen: 5.000 / Von den gültigen Stimmen entfielen auf die GEW 4.022 (= 2 Sitze und 80%, 2008: 71,8%), auf den DBB 20%. Auf der GEW-Liste wurden folgende Personen gewählt: Annette Karsten, Rainer Beyers.

An dieser Stelle möchten wir uns bei Zoe Morling bedanken. Sie hat das Fotografieren, die Erstellung der Grafiken und das komplette Layout für die Plakate und Flver unseres Gesamtpersonalratswahlkampfes übernommen und so einen wichtigen Beitrag für unser sehr gutes Wahlergebnis geleistet. Vielen Dank für die gute Zusam menarbeit!!!

Bezirksvorstand der GEW Frankfurt

Sensationeller Wahlerfolg

für die Gewerkschaften bei den Personalsratswahlen an der Goethe-Universität

Bei den Wahlen zum Personalrat der Goethe-Universität am 8. und 9. Mai kam es zu einem in diesen Ausmaßen unerwarteten Wahlerfolg der Gewerschaftslisten.

Während die gemeinsame GEW/ver.di-Liste bei den Wissenschaftlichen Mitarbeitern 9 der 12 Sitze erreichte, konnte ver.di auch bei den technisch -administrativen Mitarbeitern die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Von den 7 Sitzen konnten 4 erobert werden. Bei den Beamten gab es mit einem Sitz für ver.di keine Veränderung.

Das Ergebnis kommt in diesem Ausmaß für alle Beobachter überraschend.

Während bei den letzten Personatraswahlen 2008, dem Jahr der Umwandlung in eine Stiftungsuniversität, die sogenannte "Freie Liste" noch knapp eine seit Jahrzehnten bestehende Vorherrschaft der "Freien" mit einem Siz Vorsprung behaupten konnte (9 zu 8) und somit auch die Vorsitzende stellte, kam es diesmal bei einem auf insgesamt 21 Sitze erweiterten Personalrat zu einer Zwei- Drittel-Mehrheit der Gewerkschaften mit 14 Sitzen für GEW/ver.di und lediglich 7 Sitzen für die "Freie Liste".

Bei dem Versuch das Ergebnis zu erklären und einzuordnen, muß man etwas auf der Zeitachse zurück gehen. Denn im Verlauf der Amtsperiode des noch amtierenden Personalrats trat die Vorsitzende / Freie Liste) aus persönlichen Gründen zurück und im Anschluß gelang es den "Freien" nicht, bei der Wahl des neuen Vorsitzes eine Mehrheit für ihre Kandidatin zu organisieren. Im entscheidenden Wahlgang bekam der Kandidat der Gewerkschaften im Personalrat, Wolfgang Folter, die Mehrheit der Stimmen.

Vielleicht war dieser Umstand der Ausgangspunkt einer jetzt einen Höhepunkt erreichenden Erfolgsgeschichte der Gewerkschaften an der Goethe-Universität.

Mit dem neuen, auch als Tarifexperten ausgewisenen Vorsitzenden konnte sich somit erstmals seit langen Jahren ein Gewerkschafter einer breiten Hochschulöffentlichkeit in den Personalversammlungen bekannt machen.

Sicherlich spielte bei der Gruppe der Wissenschaftlichen Mitarbeiter auch die für Frankfurter Verhältnisse extrem niedrige Wahlbeteiligung von nur 10,9% für das niederschmetternde Ergebnis der KandidatInnen der "Freien Liste"eine Rolle.

Denn durch eine aktive Mobilisierung in der letzten Woche vor der Wahl ist es den Gewerkschaftern an der Goethe-Uni eher gelungen, ihre UnterstützerInnen an die Urnen zu bringen als der "Freien Liste", die hochschulweit nicht wahrnehmbar war.

Aber auch die Tatsache, dass die gemeinsame GEW/ver.di-Liste bei den Wissenschaftlern über die Fachbereiche hinweg breit aufgestellt war, könnte bei der Stimmabgabe die eine oder den anderen beeinflußt haben.

Im Übrigen dürften die MitarbeiterInnen auch wahrgenommen haben, dass sich bei den Gewerkschaftern an der Goethe-Universität seit 2008 bis zum heutigen Tage nichts an der ablehnenden Haltung gegenüber einer Universiät als "Stiftungsuniversität" geändert hat.

Während die Universitätsspitze verzweifelt versucht, die Idee Stiftungsuniversität" in die Uni hineinzutragen, steht die große Mehrheit der MitarbeiterInnen dem "Projekt " indifferent bis ablehnend gegenüber. Verheißungen und Verspechungen, die vor vier Jahren von den Befürwortern der Umwandlung in eine Stiftungsuniversität im Präsidium gegenüber der Belegschaft gemacht wurden, sind weder eingetroffen noch Wirklichkeit geworden. Und auf die angekündigte Besserstellung durch den Rechtsformwechsel warten die MitarbeiterInnen immer noch

Ganz im Gegenteil machen sich die vom Präsidium von den Fachbereichen und einzelnen Betriebseinheiten geforderten "Konsolidierungsbeiträge als Folge der vom Land oktroyierten Sparpolitik (Stichwort: Schuldenbremse) mit der Umsetzung des Einsparvolumens von ca. 9 Mio. nach und nach bei den MitarbeiterInnen bemerkbar.

Halbe Wissenschaftlerstellen und Kurzbefristungen nehmen zu und ohne schlecht bezahlte Lehraufträge würde der Lehrveranstaltungsbetrieb nicht mehr aufrecht erhalten werden können.

Der neugewählte Personalrat der Goethe-Universität wird seine ganze Kraft in die Waagschale legen müssen, um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen.

Wolfgang Richter-Girard Personalrat Goetheuni

Mitbestimmungsrechte wahrnehmen -

Personalräte stärken – Konferenzrechte nutzen

Die Personalratswahlen sind gelaufen. Neue Personalräte mit neuen und alten PersonalrätskollegInnen haben sich konstituiert. Aber ihr Umfeld, ihr Gegenüber, die Aktionsmöglichkeiten und Anforderungen verschieben sich unter den Bedingungen der Verlagerung von Verantwortlichkeiten vom Kultusministerium auf die einzelnen Einrichtungen – Stichwort "selbstständige Schule" – und der schleichend fortschreitenden Ökonomisierung der Bildungseinrichtungen.

Ein Lichtblick: Es ist gelungen, die Gesamtpersonalräte an den Staatlichen Schulämtern erstmal zu erhalten. Damit können Gesamtpersonalräte die Unterstützungsfunktionen, die sie für die Personalräte der Schulen geleistet haben, weiterhin aufrechterhalten.

Wie wichtig dies ist, zeigen die grundsätzlichen Aufgaben, wie sie der Kreisverband Hanau für einen voll aktionsfähigen Personalrat aufgelistet hat:

Personalräte

- achten darauf, dass rechtliche Vorschriften, die zu Gunsten der Beschäftigten bestehen, eingehalten werden,
- wachen darüber, dass die Beschäftigten gleich und gerecht behandelt werden,
- nehmen Beschwerden entgegen und wirken darauf hin, dass Missstände von der Dienststelle beseitigt werden,
- vermitteln in Konflikten,
- starten Initiativen, um
 Arbeitsbedingungen zu verbes-

- sind meist besser informiert und geben diese Informationen weiter,
- beraten und helfen ihren Kolleginnen und Kollegen bei dienstlichen Fragestellungen.

Nicht nur bei personellen Entscheidungen wie Einstellungen, Versetzungen, Abordnungen, Besetzung von Funktionsstellen haben sie ein Mitbestimmungsrecht. Ebenso wichtig ist ihr Mitbestimmungsrecht bei sozialen Angelegenheiten wie zum Beispiel der Einführung von Maßnahmen, die der Hebung der Arbeitsleistung dienen oder die Arbeitsplätze umgestalten sollen.

Das im letzten Jahr geänderte Schulgesetz sowie damit einhergehend geänderte Rechtsverordnungen haben den SchulleiterInnen – zum Teil nur in Verbindung mit dem Status einer "selbstständigen Schule" – noch mehr Vollmachten gegeben, ohne dass die Arbeitsmöglichkeiten der örtlichen Personalräte entsprechend verbessert wurden.

Sowohl in Bezug auf veränderte Budgetrechte als auch die (eingeschränkte) Vergabe von bestimmten Verträgen, sowohl hinsichtlich der Beförderungsmöglichkeiten als auch der Abordnungen und Versetzungen, sowohl hinsichtlich der Verteilung eines Teils der Entlastungsstunden als auch der Kontrolle von KollegInnen wurde der Entscheidungsspielraum der SchulleiterInnen erweitert. Entsprechend neue Aufgaben folgen für die Personalräte.

Und die können sie kaum ohne die Unterstützung einer gewerkschaftlichen Organisation wahrnehmen. Die Gewerkschaft sorgt
für Informationsaustausch, ihre Mitglieder trifft man in Schulungen, bei ihr kann man Rechtsberatung einholen und sie sorgt politisch – wenn nötig – für Druck.

Genauso wichtig aber ist es, dass die Personalräte sich der Rückendeckung ihrer Kollegien versichern und dass die Kollegien die zweite Form der Mitbestimmung entsprechend nutzen, nämlich ihre Konferenzrechte.

Nicht von ungefähr war im Modellprojekt "Selbstverantwortungplus" als Handlungsfeld der Ersatz der Gesamtkonferenz durch einen "Schulvorstand" und ein weitgehend rechtloses "Plenum" vorgesehen. Glücklicherweise ist nur eine Minderheit der 17 "SV-Plus-Schulen" diesen Weg gegangen. Ein Kollegium hat dabei die schmerzliche Erfahrung machen müssen, dass die abgegebenen Rechte kaum noch rückholbar sind, wenn man erst mal auf sie verzichtet hat.

Wie zu hören ist, wollen Schuleleiter an drei beruflichen Schulen den erweiterten Spielraum einer rechtlich selbstständigen Schulen ach den §§ 127 e bis i nutzen, in der dann ein Verwaltungsrat das Sagen hat. Ob die Kollegien dabei mitspielen, ist noch nicht ausgemacht.

Wer also die Gesamtkonferenzen lästig findet, sollte eher Einfluss auf sie nehmen, was Häufigkeit, Strukturierung und Moderation betrifft Editorial

Symbolpolitik

Jetzt flattern sie wieder überall, die lustigen Fähnchen in schwarzrot-gelb an Automobilen auf deutschen Straßen und die aus Fenstern heraushängenden Stoffbahnen gleicher Colorierung als Symbol
dafür, dass "wir" erneut mit "unseren Jungs" um den Einzug in die
nächste Runde der Euro und am Ende gar den Gewinn des Titels
lustvoll zittern.

Spätestens seit der deutschen Romantik ist die Eigenschaft von Symbolen bekannt, das auf andere Art Unausdrückbare, ja das "Übersimliche", als materielle Gegebenheit zu veranschaulichen und ihm damit überhaupt erst zu einer sinnlich wahrnehmbaren Existenz zu verhelfen. Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass auch das bloß Eingebildete, ja Halluzinierte, durch die Verwendung von Symbolen auf einmal anfangen kann, ein eigenes Leben zu erhalten. Die Nation – im Deutschen "Volk" genannt – ist solch eine Art wirkmächtige Halluzination der Einheit der Gegensätze und unüberbrückbaren Unterschiede! Eine Halluzination allerdings, hinter der machtvolle Interessen stehen.

Wie soll man es sich erklären, dass gerade einmal wieder eine große Masse an Menschen, die im Alltag durchaus wahrnehmungsfähig erscheinen, plötzlich als mit schwarz-rot-gelben Tüchern behängte, ebensofarbigen Hüten, Kappen und anderen kleidungsähnlichen Accessoires ausgerüstete und entsprechend an beinahe allen Körperteilen bemalte zweibeinige Nationalsymbole umherläuft? Sollte der Trieb, sich öffentlich seiner Individualität zu entledigen, um zum Molekularteilchen eines nationalfarbig gewandeten Menschenbreis zu regredieren, am Ende etwas damit zu tun haben, dass es um die Individualität in der Bundesrepublik doch nicht so gut bestellt ist, wie es die überhandnehmenden Lobreden der in letzter Zeit so virulent gewordenen Freiheitsprediger suggerieren sollen?

Vielen Medien jedenfalls ist zu entnehmen, dass wachsende Arbeitshetze und Mobbing den Berufsalltag immer mehr bestimmen: Kein gutes Zeichen für die grundgesetzlich garantierte "freie Entfaltung der Persönlichkeit"! Auf der anderen Seite ist durch die ins Maßlose gestiegene Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse eine Gesellschaft malochender Armutsexistenzen entstanden, welche die Jugendträume der Republik vom stetig wachsenden Wohlstand wie eine kommunistische Utopie aussehen lassen. Und diesem Elendsszenario steht eine Schulpolitik zur Seite, in der das Individuum zunehmend (fast) nichts, sein (notenmäßiger) "Output" aber alles gelten soll. Jedenfalls, wenn man nach den kennzahlengeilen Konzepten der neoliberalen Schul, reformer" geht. Allüberall mithin reichlich Kränkungen materieller wie psychologischer Art in Sicht, die einer selbstbewusst gelebten Individualität zusetzen. Da gibt die Flucht ins schwülwarm-alkoholselige Feuchtgebiet des Nationalen wenig stens vorübergehend Trost und Schutz vor den ständigen Beschädigungen durch die Brutalitäten einer Konkurrenzgesellschaft, die ihre Vormacht über den Euro und mit ihr über Europa und den Weltmarkt zu verteidigen hat.

Schon der Philosoph Artur Schopenhauer wusste: "Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz. Denn er verrät in dem damit Behafteten den Mangel an individuellen Eigenschaften, auf die er stolz sein könnte, indem er sonst nicht zu dem greifen würde, was er mit so vielen Millionen teilt. Wer bedeutende persönliche Vorzüge besitzt, wird vielmehr die Fehler seiner eigenen Nation, da er sie beständig vor Augen hat, am deutlichsten erkennen. Aber jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, darauf er stolz sein könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu sein. Hieran erholt er sich und ist nun dankbarlich bereit, alle Fehler und Torheiten, die ihr eigen sind, mit Händen und Füßen zu verteidigen. "1 Längst allerdings ist der harmlos wirkende, ganz entspannte Fußballnationalismus dabei sich zu Höherem aufzuschwingen, wenn er sich – des durch Talkshows aufgeheizten - Beifalls der gedeckelten Massen sicher, als Zuchtmeister Südeuropas und Richter über den Strafvollzug der Ukraine aufspielt, während die im Auftrag des Bundestages tätige Anti-Folterstelle in ihrem letzten Jahresbericht vom März 2012 deutlich macht, dass die Geltung des Menschenwürdegebots aus Art. 1 Grundgesetz an deutschen Gefängnismauern eine unübersteigbare Hürde zu finden scheint. Schlechte Zeiten sind seit jeher - verdammt - gute Zeiten für den Nationalismus und nationalistische Bauernfänger vom Schlage eines Sarrazins gewesen. Diesem Trend mit aufklärerischen und gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzuwirken darf die GEW gerade in diesen Tagen nicht aus den Augen verlieren, wenn wieder jenes Lied besonders häufig zu hören ist, laut dem die Freiheit und das Recht hinter der Einigkeit zu kommen haben!

1 zit. von D. Schediwy, Jungle World 23/2012

Wer die Gesamtkonferenz zu unübersichtlich findet, sollte die Möglichkeit der Ausschussvorbereitung nutzen. Wer sich nicht getraut, seine Meinung auch bei Gegenwind zu vertreten, sollte sich Bündnispartner suchen und Konferenzen gemeinsam vorbereiten.

Denn der Zuständigkeitskatalog mit seinen 16 Ziffern für die Gesamtkonferenz in § 133 Hessisches Schulgesetz ist nur exemplarisch. Tatsächlich gibt es kaum private Betriebe, in denen den Beschäftigten ein vergleichbares Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

Diese Chance sollte denn auch entsprechend genutzt werden.

Und was die Schulkonferenz angeht, die ja einige – nicht unwichtige – Rechte von der Gesamtkonferenz übernommen hat, so geht hier kein Weg daran vorbei, die Schüler- und Elternvertretung als Bündnispartner zu behandeln.

Herbert Storn

SEITE 4 FLZ Nr. 3/12

Nichtschülerabitur in Frankfurt...

••• eine extreme Mehrbelastung für die betroffenen Kollegien

Es gibt in Hessen die Möglichkeit, dass Personen, die nicht Schülerin oder Schüler an einer Schule mit gymnasialer Oberstufe sind (sogenannte Nichtschüler/innen), ihr Abitur an einem Staatlichen Gymnasium ablegen. Selbstverständlich ist dieses an bestimmte Voraussetzungen gebunden (Siehe Kasten 1). Insgesamt haben sich dieses Jahr 51 junge Erwachsene in Frankfurt außerhalb der staatlichen Schulen auf das Abitur vorbereitet. Die Schüler/innen legten die Abiturprüfungen an der Otto-Hahn-Schule, am Goethegymnasium, an der Liebigschule oder an der Carl-von-Weinberg-Schule ab.

Anders als die Abiturienten innen der normalen gymnasialen Oberstufe, die drei zentral gestellte schriftliche Prüfungen absolvieren, nehmen die Externen an vier schriftlichen Prüfungen teil. Auch bei den mündlichen Prüfungen haben sie eine größere Anzahl an Prüfungen zu bestehen. Alle Prüflinge werden in Deutsch und Mathematik geprüft. Das Nichtschülerabitur wird in Hessen zentral durch das Staatliche Schulamt Gießen organisiert. In den einzelnen Schulämtern werden dann die Schulen benannt, die die Abiturprüfungen durchführen.

Besonders die Lehrerinnen und Lehrer der durchführenden Schulen investieren sehr viel Zusatzarbeit in das Nichtschülerabitur. Die zusätzlichen Klausuren müssen korrigiert, Vorbesprechungen für mündliche Prüfungen vereinbart und die Prüfungen selbst durchgeführt werden. Eine Mindestvoraussetzung dabei ist es, ein Gesicht mit dem Namen der zu prüfenden Person zu verbinden. Ebenso wichtig ist es, zu erfahren, was denn in der Vorbereitung für die Abiturprüfung erarbeitet wurde. Diese Minimalvoraussetzungen haben noch nichts mit pädagogischer Arbeit zu tun. Sie sorgen nur dafür, dass Lehrkräfte nicht zu Prüfungsmaschinen degradiert werden und Personen, die ihr Abitur ablegen, als Person und nicht als beliebig ersetzbare Nummer betrachtet und beachtet werden.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Nichtschülerabitur sind sehr aufwändig. In vielen Fä-chern kommen auf die Kollegen und Kolleginnen fünf bis zwölf zusätzliche Prüfungen (schriftliche und mündliche) zu. So mussten an der der Carl-von-Weinberg-Schule statt einer mündlichen Prüfung im Fach Französisch jetzt 13 Prüfungen vorbereitet werden. An einen nur im Ansatz angemessenen Ausgleich für die entstandene Mehrarbeit ist dabei nicht gedacht. Nach einem Punktesystem erhält man für das Korrigieren einer Abiturklausur 5 Punkte, als Prüfungsvorsitz 3,5 Punkte und für eine mündliche Prüfung 5 Punkte Dabei wird nicht die Zeit für die Erstellung der Aufgaben, für ein Vortreffen oder notwendige Absprachen mit Kollegen/ Kolleginnen betrachtet, sondern lediglich die Anzahl der Prüfungen. Für einen Punkt erhält man eine Mehrarbeitsvergütung von 2,74 Euro (Siehe Kasten 2). Dies entspricht einer Vergütung von 13,70 Euro für das Korrigieren einer Abiturklausur als Erstgutachter/in, Hierfür werden in den meisten Fächern mindestens 5 Stunden pro Klausur mit Gutachten veranschlagt, woraus sich ein Stundenlohn von 2,74 Euro ergäbe - lächerlich.

Die meisten Kollegen/ Kolleginnen wollen statt dieser Vergütung jedoch einen Ausgleich für die geleistete Mehrarbeit in Stunden erhalten.

Die Schulpersonalräte der Otto-Hahn-Schule und der Carl-von-Weinberg-Schule haben diesen Mehrarbeitsausgleich schon länger angemerkt und eingefordert. Auch im Gesamtpersonalrat war dieser Sachverhalt vor Kurzem Thema. Für die Durchführung und Organisation des Nichtschülerabiturs ist iedoch das Staatliche Schulamt Gießen zuständig und nicht Frankfurt.

Die GEW-Fraktion im GPRLL beim Staatlichen Schulamt FFM wird nach den Sommerferien eine Initiative starten, um diesen Mehrarbeitsausgleich für die nächsten Jahre abzusichern.

Selbstständig zum Abitur – ein Modell der Zukunft oder doch nur teures "Not"modell?

Auf den Internetseiten einschlägiger Institute liest man häufig: "Abitur ohne Klausuren, Leistungsdruck und Stress mit Lehrern". Es wird versprochen, die Nichtschüler in einem Jahr auf das Abitur vorzubereiten und zusätzlich noch eine individuelle Lernausgangslage zu bestimmen und bei Prüfungsängsten zu helfen.

Das hört sich für viele Schüler/ innen sehr verlockend an. Doch der Alltag sieht anders aus. Die Schüler/innen müssen bei diesen Instituten mehrere 1000 Euro zahlen, um sich auf die Prüfungen vorbereiten zu lassen. Aber wer kann es sich leisten über 4000 Euro für das Institut und die Anmeldung zur Prüfung aufzubringen? Weiterhin müssen noch die Kosten für Wohnung, Essen und Freizeit aufgebracht werden, denn in diesem Jahr der Vorbereitung ist es unmöglich zusätzlich noch zu arbeiten.

Doch warum nehmen junge Menschen dieses alles auf sich, um ihr Abitur abzulegen? Die Gründe, die junge Erwachsene dazu bringen, diesen schwierigen und sehr teuren Weg anzugehen und nicht die Möglichkeiten des Abendgymnasiums oder des Hessenkollegs zu nutzen sind vielfältig. Viele berichten von starken Prüfungsängsten während ihrer Schulzeit, die sie dazu zwangen, Pausen einzulegen. Den Anschluss im Regelschulsvstem der gymnasialen Oberstufe haben sie dann nicht mehr gefunden und ihre Schullaufbahn an der Regelschule schließlich abgebrochen. Einige berichten auch von Problemen mit Lehrer/innen auf Gymnasien, die trotz nachweislich hohem IO (und attestierter Hochbegabung) den Schüler/innen einreden wollten, ihre Intelligenz sei für das Abitur nicht ausreichend. Aber auch die Personen, die erfolgreich im Beruf waren und merken, dass das nicht alles gewesen sein kann, gehen diesen schweren Weg an, um ihr Abitur zu absolvieren

Die Nichtschüler/innen stehen in diesem Vorbereitungsjahr sehr unter Druck. Der Druck steigt noch in der Prüfungssituation, denn sie haben dann nicht nur viel Geld investiert, sondern mussten auch enorm viel Selbstdisziplin aufbringen, sich Inhalte eigenständig erarbeiten und sich auf Prüfungsformen vorbereiten, die sie teilweise noch nie in der eigenen Schulzeit erlebt haben. Das Geld bekommen sie alle nicht zurück, wenn sie die Prüfung nicht bestehen. Das macht die Situation der Prüfung auch für den Prüfer/ die Prüferin nicht einfacher.

Dieser Weg zum Abitur ist sehr teuer und nur wenige können ihn sich leisten und trotzdem ist er für einzelne Betroffene der einzige

Weg, um zum Abitur zu kommen, Menschen müssen zu jeder Zeit einen höheren Abschluss erwerben können, wenn sie dieses wollen. Hierfür muss der zweite Bildungsweg so ausgebaut werden, dass der Zugang zur Bildung nicht vom eigenen Geldbeutel oder dem der Eltern abhängt und man die Vorbereitung auf das Abitur unter menschenwürdigen Bedingungen durchführen kann.

Aber aus den Bildungsbiografien dieser jungen Erwachsenen kann man noch mehr lernen. (Nicht nur) Gymnasiale Oberstufen müssen mehr Raum geben, sich mit Schüler/innen zu befassen, um zum Beispiel auch auf individuelle Probleme individuell zu reagieren. Deutlich abgesenkte Klassengrößen sind hier ebenso wichtig wie eine Verminderung des Prüfungsdrucks zugunsten längerer gemeinsam gestalteter Lernprozesse, Ein konsequenter Umbau des Bildungssystems im Sinne eines längeren gemeinsamen Lernens für alle ist notwendig.

Von diesem Umbau hätten alle etwas: Junge Erwachsene auf dem Weg zum Abitur (egal über welchen Weg) und Prüferinnen und Prüfer, die dieses Abitur abnehmen sollen.

Maike Wiedwald 1

Kasten 1

Voraussetzungen für das Nichtschülerabitur

Die Zulassungsbedingungen zum Nichtschülerabitur regeln die §§ 42 bis 47 der OA-VO. Die Bewerber/innen müssen mindestens 19 Jahre alt sein und in der Regel einen mittleren Abschluss haben. Ihr Wohnsitz oder Arbeitsplatz muss in Hessen liegen; aber es ist auch ausreichend, dass der Sitz des Vorbereitungsinstituts in Hessen liegt. Sie müssen nachweisen, dass sie sich ein Jahr lang selbstständig oder aber bei einem Vorbereitungsinstitut vorbereitet haben.

Kasten 2 / Berechnung der Mehrarbeit ²								
Tätigkeit	Anzahl	Faktor	Punkte	Betrag in Euro	eingesetzte Stunden			
schriftliche Prüfung (Korrektur)	2	x 5,0	10,0	27,40	10 Stunden insgesamt			
Mündliche Prüfung Fachausschussvorsitz	2	2,0	4,0	10,96	2 Stunden			
Mündliche Prüfung Anzahl der Prüfungen	5	5,0	25,0	68,50	7,5 Stunden			
Mündliche Prüfung	3	2,5	7,5	20,55	3 Stunden			
Anzahl der Protokolle Gesamt			46,5	127,41	22,5 Stunden entspricht nach Mehrarbeitvergütung auf Ebene A 13 644,- Euro.			

Otto-Hahn-Schule: Kritik an der Verpflichtung zur Mehrarbeit durch Abnahme von Prüfungen von Nichtschüler-Abiturienten

Mit Befremden haben wir Kolleginnen und Kollegen der Otto-Hahn-Schule auf der letzten Abitur-Vorbereitungskonferenz vernommen dass dieienigen, die in diesem Schuljahr im Abitur sind, Abiturprüfungen von Schülerinnen und Schülern übernehmen sollen, die eine Privatschule besuchen. Die Selbstverständlichkeit, mit der davon ausgegangen wird, dass diese Mehrarbeit verrich tet werden soll, ist erschreckend.

"Der Beamte ist verpflichtet, ohne Vergütung über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern." Es iedoch nicht einzusehen warum die Situation, dass an nicht öffentlichen Schulen jährlich Abitur abgenommen werden muss, ein zwingendes dienstliches Verhältnis für Kolleginnen und Kollegen an öffentlichen Schulen darstellt.

Der Arbeitsaufwand ist vorhersehbar und entsteht jährlich aufs Neue. Daher ist es umgekehrt zwingend notwendig, die entsprechende Arbeitskraft hierfür zur Verfügung zu stellen und nicht diese von den Kollegien abzurufen, die ohnehin am Rande ihrer Belastbarkeit arbeiten. Die gewährte Vergütung ... ist eine Verhöhnung und Ausdruck er-schreckender Geringschätzung der Arbeitszeit des Lehrpersonals an den Schulen.

Der Arbeitsaufwand, der für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen an der Otto-Hahn-Schule anfällt, entspricht etwa 150 Frau/Mannzeitstunden.

Vielleicht kann man in die sem Jahr noch von zwingenden dienstlichen Verhältnissen sprechen, da das Abitur in zwei Wo-

chen stattfindet und die Schülerinnen und Schüler die Leidtragenden einer Verweigerung wären. Wir Kolleginnen und Kollegen der Otto-Hahn-Schule werden im Interesse des Erhalts unserer Arbeitskraft die geleistete Mehrarbeit als Dienstbefreiung einfordern.

Für die Zukunft ist festzustellen, dass der § 85(2) für diese Form der Mehrarbeit nicht zu-

Offener Brief der am Nichtschülerabitur beteiligten Kollegen vom 08. 03. 2012

Maike Wiedwald hat an diesem Jahr an der Carl-von-Weinberg Schule münd-liche Prüfungen von Nichtschüler/innen als Prüferin und als Prüfungsvorsitzen-de begleitet. Sie ist Mitglied im Schul-personalpersonal und im GPRLL. Seit Februar ist sie Mitglied im Vorsitzen-

denteam der GEW Frankfurt. Es handelt sich um ein fiktives Beispiel.

Die Fachgruppe Grundschule be-

schäftigte sich in der Sitzung am

30.5.2012 mit mehreren Themen-

schwerpunkten, die alle einem be-

Unterrichtsversorgung

in den Frankfurter Schulen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft unterstützt mit aller Entschiedenheit die Anliegen der Eltern, Kinder und Lehrkräfte der Franckeschule und der Albert-Schweitzer-Schule in Frankfurt, die sich in diesen Tagen wegen der schlechten Unterrichtsversorgung an ihrer Schule an die Öffentlichkeit gewandt haben.

Der regelmäßige langfristige Vertretungsbedarf liegt allein in Frankfurt bei 300 Stellen!

Es ist nicht vermeidbar, dass Lehrkräfte krank werden oder Kinder bekommen und in Elternzeit gehen. Was aber vermeidbar ist, das ist Unterrichtsausfall. Das Konzept des Kultusministeriums, dem das Staatliche Schulamt notgedrungen folgen muss. Vertretungsverträge an Personen zu geben, die häufig noch nicht einmal über eine Qualifikation zur Lehrerin verfügen, kann nicht aufgehen. Es mindert die Bildungschancen der Kinder, wie die Eltern eindrucksvoll monieren. Aber auch, wenn ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung stehen, die den Vertretungsvertrag übernehmen, sind diese häufig schon nach kurzer Zeit wieder weg, weil sie anderswo eine dauerhafte Anstellung gefunden haben. Dies ist nicht verwunderlich angesichts der Tatsache, dass in vielen Fällen trotz ganzjähriger

Arbeit noch nicht einmal die Sommerferien bezahlt werden.

Das Mittel dagegen heißt: Fest Eingestellte, Qualifizierte Vertretungsreserve!

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert dies seit Jahren, jedoch ohne Erfolg! Bei einem regelmäßigen langfristigen Vertretungsbedarf in einem Stellenvolumen von 300 Stellen allein im Bereich des Staatlichen Schulamts Frankfurt wäre allen mit fest eingestellten Lehrkräften geholfen:

- den Kindern, weil die Lehrkräfte qualifiziert wären und nicht mehr so oft wechseln würden
- den Eltern, weil sie eine dauerhafte Ansprechperson hätten
- den Lehrkräften, weil sie eine Festanstellung hätten
- dem Staatlichen Schulamt, weil die elende Suche nach Kräften, die morgen schon wieder absagen, entfiele und auch die Herkulesaufgabe, jedes Halbjahr 500 juristisch tragfähige Arbeitsverhältnisse neu zu begründen, die richtige Eingruppierung und Einstufung vorzunehmen, die Verwaltung dieser Beschäftigten zu organisieren und alljährlich zu prüfen, ob die Sommerferienbezahlung gewährt wird oder nicht.

Presseerklärung des Bezirksverbands vom 05, 06, 2012

stimmten Muster folgen. Kultusministerium wie Schulamt versuchen über noch nicht in Kraft getretene Verordnungsentwürfe, Handreichungen oder über "Infos" genann-

te Appelle auf Schulleiterdienstversammlungen Prozesse zu steuern, wie es in der Sprache der Neuen Verwaltungssteuerung heißt. Ob Inklusion, Bildungsstandards oder Vertretung, man baut auf Wildwuchs und Chaos (auf) und darauf, dass in der unübersichtlichen Lage möglichst alle tun, was man ihnen sagt. Die Schulen sollen selbstständig werden und die Schulleitungen bekommen die Verantwortung, In dieser Situation greift Druck von oben besonders gut. Schulleitungen geben den Druck ans Kollegium weiter oder fühlen sich zerrieben

und zerrissen zwischen begründe-

ten pädagogischen Erfordernissen

und unerfüllbaren Erwartungen.

Inklusive Beschulung Wir tauschten unsere Erfahrungen

mit Förderausschüssen und die Zusammenarbeit mit den regionalen Beratungs- und Förderzen-tren (BFZ) aus. Dies ist für alle Beteiligten Neuland, basiert auf dem neuen Schulgesetz, die Ausführungsbestimmung durch die Verordnung zur Sonderpädagogischen Förderung ist noch nicht in Kraft. In den Berichten von Kolleginnen und Kollegen wurde deutlich, dass von völlig unterschiedlichen Voraussetzungen ausgegangen wird und die verschiedenen Herangehensweisen nicht in eine Richtung weisen. Fast durchgängig zeigte sich der Missstand, dass die Förderausschüsse sich nicht an den Bedürfnissen der Kinder orientieren und deren Unterstützungsbedarf formulieren. Statt dessen ist vorher festlegt, durch das Schulamt oder BFZ auch den Eltern gegenüber kommuniziert, dass es nur eine begrenzte Anzahl von Stunden geben wird und der Förderausschuss klären soll, ob eine inklusive Beschulung unter diesen Voraussetzungen überhaupt möglich ist. In einigen Berichten klang an, dass es der Grundschule "freigestellt" wurde, Kinder ohne zusätzliche Fördermöglichkeiten aufzunehmen. In einem anderen Fall wird die von Eltern und Grundschule gewünschte Aufnahme versagt, mit dem Argument, das Kind habe Anspruch auf sonderpädagogische Förderung. Da es keine Stunden gibt, kann die Grundschule das Kind nicht angemessen fördern, dann muss es eben auf die Förderschule. Nach reger und zum Teil kontroverser Diskussion wurde uns deutlich, dass wir eine gemeinsame Linie verfolgen und uns auf unsere grundsätzliche Haltung besinnen müssen, wenn wir in unserem Wunsch nach einer Schule für alle weiterkommen wollen Wichtig ist die Eltern zu unterstützen, Bündnisse zu schließen und die zum Teil skandalösen Vorgänge öffentlich zu machen. Dies ist kein leichter Weg, vor allen Dingen nicht für die Eltern der betroffenen Kinder. Die Förderausschüsse spielen eine zentrale Rolle und bieten einen Ansatzpunkt für rechtliche Klärung. Die Beratungs- und Koordinierungsstelle für Inklusion der Landesarbeitsgemeinschaft

Gemeinsam leben - gemeinsam ler-

tern und Lehrkräfte an. Gemeinsam mit der GEW bemüht sich die LAG um eine Dokumentation dessen, was im Moment völlig unreguliert und zum Teil ohne rechtliche Grundlage abläuft. Die Problematik der Bildung von Schwerpunktschulen rissen wir kurz an. Dabei bliebe es beim GU zu drastisch verschlechterten Bedingungen und man käme keinen Schritt weiter in der Entwicklung zu einem inklusiven Schulsystem. Im Laufe der Diskussion wurde wieder deutlich. dass Inklusion von der Landesregierung nicht gewollt ist. Das angerichtete Chaos soll dazu dienen. die Lehrkräfte gegen Inklusion aufzubringen.

Protestaktionen gegen sog. Inklusionspolitik

nen (LAG) bietet Beratung für El-

Chaos wird top down angerichtet

Fachgruppe Grundschule Frankfurt diskutiert aktuelle Probleme

Lehrerversorgung und

Vertretungskräfte Der nächste Diskussionspunkt wurde von der Kollegin und dem Kollegen der Albert-Schweitzer-Schule eingebracht. Sie stellten das Vertretungskonzept der Schule vor. Der Personalrat hat beschlossen, dass nur Lehrkräfte mit zweitem Staatsexamen an der Schule unterrichten sollen, das gilt auch für Vertretung jeglicher Art. Das gesamte Kollegium und die Elternschaft stehen hinter diesem Konzept. Die beiden berichteten eindrücklich über den langen und aufwendigen Prozess, der zu dieser Geschlossenheit der Schulgemeinde führte. Eltern wissen oft gar nicht, was passiert und wer im Krankheitsfall ihre Kinder unterrichtet, Lehrkräfte, Kinder und Unterricht werden durch das Aufteilen nicht versorgter Klassen belastet. Das Schulamt wird seiner Aufgabe nicht gerecht. Selbst für Vertretung über fünf Wochen hinaus schiebt es die Verantwortung entgegen der Regelung in der Verordnung zur Verlässlichen Schule der einzelnen Schule zu. Es gäbe eben keine ausgebildeten Lehrkräfte, wird behauptet. Die gibt es jedoch zu Hunderten auf der Rangliste, sie stehen allerdings nicht für schlechtbezahlte und kurzfristige Aushilfe zur Verfügung. Früher hat das Schulamt sich bemüht Personen, die auf der Rangliste weit oben standen, für Vertretungsverträge zu gewinnen, verbunden mit der Aussicht auf eine Planstelle war dies annehmbar. Für das nächste Schuljahr wurde jetzt einfach alles, was so an Bewerbungen außerhalb der Rangliste eingegangen ist als Excel-Liste an alle Schulen gemailt. Die Schulen können wählen zwischen "evtl. 1. Ex.", "2. Ex.", "päd. Abschluss in Rumänien oder "Motopädin", wer schnell ist, bekommt jemanden ab. Im Nachgang wurde noch eine weitere Bewerberin, 1. Ex., Lehramt an Gymnasien an 68 Grundschulen gemailt, im Anhang sämtliche Bewerbungsunterlagen und die Erklärung, dass sie auf Grund ihrer Schwangerschaft nur bis November arbeiten kann. Was den Umgang mit persönlichen Daten angeht, ist man bei facebook besser aufgehoben, dort weiß man, dass es alle lesen. Deregulierung ist als Sparmaßnahme erwünscht und Unterrichtsqualität interessiert nicht. Die Albert-Schweitzer-Schule macht einen Aktionstag am 5. Juni, um die Missstände in die Öffentlichkeit zu tragen. Andere Schulen sollten fol-



Zu den diesjährigen Lernstandserhebungen in den dritten Klassen lag der Artikel "Schädlich für Inklusion" aus der Frankfurter Rundschau vom 30. Mai vor. Vergleichsarbeiten stehen im Widerspruch zu den Anforderungen an eine inklusive Schule. Diesen Aspekt wollen wir mehr als bisher in den Blick nehmen. Dazu wird die GEW Hessen im Herbst eine Fachtagung veranstalten und die Möglichkeit eines Boykotts im nächsten Jahr disku-

Verbale Beurteilung in Zeugnissen

Zu guter Letzt beschäftigte uns die Verbalbeurteilung in Deutsch, die auf der letzten Schulleiterdienstversammlung ausgerufen wurde. Man müsse bei den unmittelbar bevorstehenden Zeugnissen der Klassen

Orientierungsarbeiten

in den dritten Klassen der Grundschule widersprechen unserem Weg zur inklusiven Schule

An das Kultusministerium z. Hd. Frau Henzler

Wir Lehrerinnen der dritten Klassen der Frauenhofschule möchten, in Absprache und Einvernehmen mit dem gesamten Kollegium unserer Schule, zu den diesiährigen Orientierungsarbeiten feststellen:

Die vom KUMI angeordneten Orientierungsarbeiten sind für unsere Arbeit auf dem Weg zu einer inklusiven Schule nicht hilfreich, sondern schädlich.

Die Schülerinnen und Schüler unserer dritten Klassen werden über mehrere Stunden hinweg mit seitenlangen Arbeiten konfrontiert. Diese übersteigen das übliche Maß und sie müssen sie alle zur gleichen Zeit abarbeiten – das Risiko für einzelne, sich als "Versager/in" zu sehen ist über die Maßen groß, etwas was wir in unserer täglichen pädagogischen Arbeit stets zur vermeiden suchen. Die Ergebnisse sind kaum aussagekräftig in Bezug auf die individuellen Leistungs-fähigkeiten unserer Schülerinnen und Schüler, worauf wir doch besonderen Wert legen wollen.

Angeblich soll uns Lehrerinnen und Lehrern damit eine Hilfe an die Hand gegeben werden – stattdessen ist ein erhöhter - aber nicht zielführender - Arbeitsaufwand festzustellen. Im Rahmen der Leistungsfeststellung für die Zeugniserteilung können diese Erhebungen nicht gewertet werden, so dass zusätzliche Arbeiten geschrieben werden müssen. Zudem gestaltet sich die Durchsicht und Korrektur der Arbeiten auch durch die schlechte Handhab barkeit der Korrekturanweisung als sehr mühselig.



Protestaktionen gegen sog. Inklusionspolitik

Bisher haben wir mit Klassenarbeiten und Zeugnissen, mit Elterngesprächen und Notendiskussionen in der Klasse, mit der Berücksichtigung der Klassensituation insgesamt als auch der Schwierigkeiten der einzelnen Schülerinnen und Schüler viele bewährte Instrumente an der Hand, um den Lernprozess in der Schule zu fördern. Orientierungsarbeiten gehörten und gehören unserer Meinung nach nicht dazu.

,Was passiert denn, wenn raus kommt, dass wir schlecht sind?", fragen sich Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer wir reichen diese einfache Frage gerne weiter an das Kultusministerium und vermissen die daraus folgende Unterstützung bis heute.

Das Kollegium der Frauenhofschule, Frankfurt - Niederrad

2 bis 4 in Deutsch eine zusätzliche Beurteilung nach den Bildungsstandards vornehmen. Diese "Info" ist auf unterschiedliche Weise in den Schulen angekommen. Eine Schulleitung erklärt die Anforderung des Schulamtes für erfüllt, dadurch dass sich in den verbalen Beurteilungen für Arbeits- und Sozialverhalten bestimmt ein Halbsatz findet, der auch auf einen Kompetenzbereich Deutsch passt. Eine andere Schulleitung "erlaubt" zwei Kompetenzbereiche in einem Satz abzuhandeln. Öfter gab es die Variante, doch mal mit einem Satz für einen Kompetenzbereich anzufangen, nach dem vom Schulamt ausgerufenen Motto, es muss ja nicht alles gleich perfekt sein. Das finden wir auch. Allerdings möchten wir selbstbestimmt und pädagogisch begründet handeln. Eine unausgegorene Bevormundung von oben ohne jegliche Rechtsgrundlage oder pädagogische Diskussion beeindruckt uns nicht. Wir sehen durchaus Chancen und Möglichkeiten durch verbale Beurteilungen Kinder in ihrer Lernentwicklung zu stärken und zu ermutigen. Deshalb werden wir das Thema in der nächsten Sitzung vertiefen. Die GEW-Forderung nach Abschaffung der Ziffernnoten ist für eine inklusive Schulentwicklung eine wichtige pädagogische Voraussetzung.

SEITE 6 FLZ Nr. 3/12

Abschlussbericht der Weiterbildungsstelle Rhein-Main

Die Stelle existiert seit Juni 2000. In diesem Zeitraum sind mehr als 700 Eintritte in die GEW über das Weiterbildungsbüro gelaufen und viele betriebsverfassungsrechtliche und gewerkschaftliche Strukturen aufgebaut worden. Obwohl die Zuständigkeit ausdrücklich für Weiterbildung definiert war, sind eine ganze Reihe weiterer Aufgaben im Laufe der Zeit hinzugekommen. Im wesentlichen war dies die Ausweitung in den sozialpädagogischen Bereich hinein, die (unsystematische) Betreuung von Ersatzschulen und die Betreuung von Betriebsräten außerhalb des Weiterbildungsbereichs.

Die steigende Bedeutung des sozialpädagogischen Bereichs erkennt man am besten daran, dass seit kurzem die Gesamtzahl der Eintritte aus dem Sozpäd-Bereich größer ist als aus dem Weiterbildungsbereich.

Die zu betreuende Trägerlandschaft ist dementsprechend heterogen. Sie reicht vom kommunalen Arbeitgeber mit verrechtlichten di organisiert. Aus Unzufriedenheit mit der alten ÖTV ist in Südhessen Frankfurt eine größere Zahl von KollegInnen zur GEW gewechselt, die meisten waren Lehrkräfte in Arbeitsamtsmaßnahmen. Nach einer neuen Ausschreibungsrunde der (damals noch) Bundesanstalt für Arbeit wurden fast alle Lehrkräfte entlassen, weil die Aufträge an billigere tarifungebundene Träger gingen oder ganz wegfielen. Damit halbierte sich beinahe unsere Mitgliedschaft im Betrieb (die "Freigesetzten" blieben in der Regel in der GEW und kamen überwiegend in den Schuldienst). Nur weil der IB ein "Mischkonzern" ist und sozialpädagogische Arbeitsfelder übrig blieben, können wir dort weiter Betriebsrats- und Tarifarbeit machen. Träger, und davon gab es etliche, die diese Ausweichmöglichkeit nicht haben, gehen dann einfach unter.

Entsprechend wechselhaft entwickelte sich die Betreuung von Betriebsräten, wobei aber immer ein stabiler Stamm vorhanden war



Betriebsversammlung der Träger der Sozialen Arbeit auf dem Römerberg

und gesetzlich geregelten Beschäftigungsbedingungen über VHS-Lehrkräfte bis hin zu halbseidenen Auftraggebern, die ausschließlich mit ungeschützter Arbeit funktionieren. Ein besonders abschreckendes Beispiel stellte eine weltweit tätige Privatschulorganisation dar, die gegen die GEW ein eigenes Anwaltsbüro beauftragt hatte, nur um ihren Betrieb gewerkschafts- und betriebsratsfrei zu halten.

Im Gegensatz zu den drei anderen Bereichen des Bildungswesens – Schule, Hochschule und Sozialpädagogik – zeichnet sich die "vierte Säule" Weiterbildung durch ihre Konjunkturabhängigkeit aus. Während Schul-, Hochschul- und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (bzw. SGB VIII) verstetigte Finanzierungen nach sich ziehen, kann die Weiterbildung auf keine vergleichbaren Geldquellen zählen. Vielmehr ist ein Stop-and-go charakteristisch, das oft mühsam aufgebaute Strukturen in kurzer Zeit wieder zerschlägt.

wieder zerschlägt.

Am Beispiel des Internationalen Bundes (IB) ist das gut zu illustrieren. Der IB ist einer der größten Sozialkonzerne der Republik. Der IB wurde in Hessen traditionell von der ÖTV, später von ver-

und ist. Es gibt BRetriebsräte, die überwiegend oder ausschließlich aus GEW-Mitgliedern bestehen, und es gibt Betriebsräte, in denen vereinzelt GEW-Mitglieder vorkommen. In den größeren Betriebsräten haben wir es in der Regel mit verdi als Konkurrenzorganisation zu tun, wobei die Zusammenarbeit bei allen Einrichtungen, die nicht zur Kommune gehören, gemeinhin gut ist. Betriebsräte-Arbeit beinhaltet auch immer die Organisation von Betriebsrats-Schulungen. Eigenständig haben wir viele davon über die Jahre organisiert, zuletzt in der Trägerschaft

An der Volkshochschule Frankfurt hatten wir schon vor Einrichtung der Weiterbildungsstelle versucht, mit arbeitnehmerähnlichen KursleiterInnen im Personalrat zu arbeiten. Die Stadt und das Verwaltungsgericht machten nach sechs Jahren diesen bundesweit einmaligen Ansatz zunichte.

Bei der Tarifarbeit gibt es Betriebe mit bundesweiter Tarifkommission und damit externer Federführung (IB, Berlitz, Städtische Kitas Frankfurt, Jugend- und Sozialamt Frankfurt) und solche, die wir aus eigener Initiative mit Bord-



Betriebsversammlung der Träger der Sozialen Arbeit auf dem Römerberg

mitteln betreuen bzw. betreut haben (berami, Lehrerkooperative).

Îm Gegensatz zu vielen langen Jahren zuvor, haben seit etwa 8 Jahren die Streikauseinandersetzungen stark zugenommen. Das Weiterbildungsbüro hat sich dabei eine – für die GEW – relativ große Erfahrung erworben, und zwar sowohl bei privaten Trägern als auch bei den einschlägigen bundes- und hessenweiten Arbeitskämpfen mit öffentlichen Arbeitsekern

lichen Arbeitgebern. Die GEW-Arbeit im öffentlichen Schulwesen ist in der Regel nicht in erster Linie betriebsbezogen ausgerichtet. Vielmehr stehen die Auseinandersetzung mit dem politischen Handeln des Dienstherrn im Vordergrund. Zwar hat das Weiterbildungsbüro auch entsprechend politisch agiert, z. B. bei den Integrationskursen oder mit der Zeitung "prekär", die gegen die Agenda 2010 kämpfte. Der vesentliche Ansatzpunkt war und ist aber die betriebliche Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Arbeitgeber. Damit sind wir in der täglichen Arbeit eher bei den Industriegewerkschaften.

Von der Arbeit des Büros hat deshalb am meisten der Bezirksverband Frankfurt profitiert. 69% der über 700 Eintritte schlagen bei ihm zu Buche. Dies hat aber nicht in erster Linie damit zu tun, dass das Büro in Frankfurt angesiedelt ist. Vielmehr hat die Stadt eine Zentralfunktion, die Arbeitskraft und Aufträge anzieht. Würden die Mitglieder nach Wohnorten geführt, bliebe von der zentralen Rolle Frankfurts nicht viel übrig.

Die steigende Bedeutung des sozialpädagogischen Bereichs für die Arbeit des Weiterbildungsbüros wird besonders deutlich, wenn wir die aktuell anstehenden Aufgaben in den Blick nehmen.

Im Zuge der Insolvenz der Lehrerkooperative bildete sich auf einer GEW-Betriebsräteschulung des Weiterbildungsbüros eine Betriebsräte-Initiative, die von der Stadt Frankfurt bei ihren Auftragnehmern tarifgebundene Bezahlung in Höhe des TV6D und Wirtschaftsausschüsse forderte. Diese Initiative formierte sich später zum "Frankfurter Netzwerk der sozialen Arbeit", das bislang 18 Betriebe mit etwa 4.000 Beschäftigten vertritt und in dem GEW und verdi (FB3 Soziale Dienste...) sinn- und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Das Netzwerk hat bislang einen Tariftreuebeschluss der Stadt erreicht, den es mit Leben füllen muss. Geplant und teilweise schon durchgeführt sind gemeinsame Betriebsratssitzungen und eine gemeinsame Betriebsversammlung auf dem Römerberg, was nicht rechtlich, sondern nur politisch durchsetzbar ist. Das alles ist eine neue Qualität in der Interessenvertretung der Beschäftigten, die früher eher von wechselseitiger Trägerkonkurrenz geprägt war. Außerdem war nach Ende des BAT ein Hohelied auf den Haustarifvertrag hörbar, das endlich, endlich durch die gemeinsame Orientierung auf den TVöD abgewürgt wird.

Eine zweite zentrale Aufgabe zeigt die neuen Notwendigkeiten. Im Rahmen der Tarifauseinandersetzung im öffentlichen Dienst hat sich seit 2009 in Frankfurt eine größere Gruppe von städtischen Erzieherinnen in der GEW gebildet. Diese Gruppe hat verdi (FB7 Gemeinde) im "Städtischen Eigenbetrieb Kitas" (3.000 Beschäftigte) eine gemeinsame Personalratsliste angeboten, wovon diese nichts wissen wollten. Jetzt kandidierte erstmals eine eigene GEW-Liste zum Personalrat, was es in vergleichbarer Form sonst nirgends in der Republik gibt.

Beide Beispiele zeigen, wie sinnvoll eine Erweiterung der Weiterbildungsstelle in Richtung auf Sozialpädagogik ist.

Schließlich: Für meine Arbeit bin ich im Umfang einer halben Stelle bezahlt worden. In den ersten Jahren habe ich ca. dreimal so viel gearbeitet, wie ich bezahlt wurde. Lange Zeit entsprach der Zeitumfang einer ganzen Stelle, jetzt ist es weniger. Aber es gab in all den Jahren bis heute keine einzige Woche, in der ich mit meiner Arbeitszeit ausgekommen wäre. Deswegen ist die Erweiterung der neuen Stelle auf zwei Drittel immerhin ein kleiner Fortschritt.

Hajo Dröll, Frühjahr 2012



Betriebsversammlung der Träger der Sozialen Arbeit auf dem Römerberg

Tariftreue statt Lohndumping mit öffentlichen Mitteln

Hunderte Beschäftigte von Sozialbetrieben demonstrieren am 14. Juni 2012 auf dem Römerberg

Das hat es noch nie gegeben: Obwohl in einigen Betrieben die Geschäftsleitung die Teilnahme an der Versammlung untersagt und mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht hatte, hielten am 14. 06. fast 500 Beschäftigte von 10 großen Trägern der Sozialen Arbeit gemeinsam eine Betriebsversammlung auf dem Römerberg ab. Nicht die Konkurrenz der Träger, sondern die gemeinsamen Interessen der Beschäftigten standen auf einmal im Vordergrund.

Wie konnte es zu dieser einma ligen Aktion kommen? Die Stadt Frankfurt beauftragt private Träger, um Pflicht- oder auch freiwillige Aufgaben der Kommune durchzuführen, z. B. die Kinderbetreuung in Kitas. Die Beschäftigten der Sozialbetriebe leisten die gleiche Arbeit wie ihre Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. werden dafür aber - in unterschiedlichem Ausmaß - schlechter ent-

Papier ist bekanntlich geduldig, und so sind der Beschluss und die Wirklichkeit zunächst einmal zwei verschiedene Dinge. Die Beschäftigten des Clubs Behinderter und ihrer Freunde (CeBeeF) mussten sogar streiken, um sowohl gegenüber ihrer eigenen Geschäftsleitung als auch gegenüber der Stadt den eigentlich selbstverständlichen Anspruch nach tarifgerechter Bezahlung in Höhe des TVöD durchzusetzen. Damit gilt das dann aber noch lange nicht für die Beschäftigten anderer Träger.

Tariftreueerklärung und Wirklichkeit zusammenzubringen war das erklärte Ziel der Versammlung am 14. Juni auf dem Römerberg. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte der künftige Oberbürgermeister Feldmann seine Unterstützung signalisiert, während die betroffenen Dezernentinnen Rottmann, Sorge und Birkenfeld die Einladung zur Ver-



Betriebsversammlung der Träger der Sozialen Arbeit auf dem Römerberg

lohnt. Die Stadt behauptet, sie refinanziere die jeweiligen Tarif- bzw. Entlohnungsbedingungen bei den privaten Trägern - der Unterschied zum TVöD beträgt aber oft einige hundert Euro.

Gegen diese Zustände hatten sich - konkret im Zusammenhang mit der Insolvenz der Lehrerkoope rative – Betriebsräte aus großen Betrieben zusammengeschlossen. Sie gründeten mit Unterstützung ihrer Gewerkschaften GEW und verdi das "Frankfurter Netzwerk der Sozialen Arbeit". Ein erster Erfolg der Netzwerkarbeit war der sog. Tariftreuebeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 1. März 2012. Darin heißt es: Leistungsvereinbarungen sind "so anzuschließen, dass die Personalkostenkalkulation auf den im jeweiligen Geschäftsfeld gültigen Tarifvertrag beruhen. Hierbei sind auch Haustarifverträge zu berücksichtigen."

sammlung ausschlugen. Dafür erhielten sie die gebührend scharfe Kritik der Versammelten.

Mit ganz unterschiedlichen Aktionen machten die Beschäftigten ihrem Ärger Luft. Sie ließen vor dem Rathaus heiße Luft (in Ballons) aufsteigen oder sie knüpften aus Flatterband ein gewaltiges Netz der Solidarität. Der Gerechtigkeitsbrunnen wurde – mit ideologischer Unterstützung des Dichters Friedrich Stoltze - in Ungerechtigkeitsbrunnen umbenannt.

Die Forderungen durchzusetzen wird auf dem Hintergrund der Finanzkrise und der neuerlichen Krise der öffentlichen Haushalte nicht einfach. Die Solidarität der Beschäftigten, die Voraussetzung unserer Kampfkraft ist, wurde durch die Versammlung gestärkt.

Hajo Dröll



Betriebsversammlung der Träger der Sozialen Arbeit auf dem Römerberg

Resolution des

"Frankfurter Netzwerk der sozialen Arbeit"

Wir, Beschäftigte bei verschiedenen Trägern der sozialen Arbeit in Frankfurt, fordern:

Tariflöhne in der Höhe des TVÖD! Öffentliche Aufträge nur an Träger, die Tariflöhne zahlen! Finanzielle Transparenz und Kontrollmöglichkeiten der Beschäftigten durch Wirtschaftsausschüsse!

Gerechter Lohn! Viele Träger der sozialen Arbeit verweigern ihren Angestellten eine Entlohnung nach TVöD und beuten damit das Engagement und die Schaffenskraft der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit aus. Als Auftragsgeber für Soziale Arbeit trägt der Magistrat der Stadt Frankfurt Verantwortung auch gegenüber den Beschäftigten der freien Träger. Der Tariftreuebeschluss der Stadtverordnetenversammlung, demnach Aufträge nur an Firmen gegeben werden dürfen, die

sich verpflichten ihre ArbeitnehmerInnen mindestens nach Tarif zu entlohnen, muss eingehalten werden.

Wir beziehen diese Forderung nicht allein auf die Stadt Frankfurt am Main, sondern auch auf alle anderen Refinanzierungsund Zuwendungsträger, z.B. die Arbeitsagentur, das Land Hessen und die Sozialversicherungsträger.

Gegen Billigkonkurrenz und Lohndum ping! Einheitliche Tarifentlohnung und deren Kontrolle beendet die ruinöse Preiskonkurrenz der Träger im sozialen Bereich. Die Lohnkosten wären für alle Träger bei vergleichbarer Aufgabenübernahme gleich. Kein Träger könnte kostengünstigere Angebote an die Zuwendungsgeber abgeben, nur weil er schlechter entlohnt als andere Mitbewerber. Eine tariftreue Entlohnung würde auch einheitliche Maßstäbe bei der Eingruppierung von Tätigkeiten an die Hand geben.

Tariflöhne – ein erster Schritt für bessere Arbeitsbedingungen!

Wir streiten nicht für Tariflöhne. um dann zuzusehen, wie durch Ausdünnung der Belegschaften und anschließender Übertragung zusätzlicher Arbeit auf die verbleibenden KollegInnen die Arbeitshetze zunimmt. Im Gegenteil: Wir brauchen bessere Personalschlüssel und verbindliche, verbesserte und präziser kontrollierte Mindeststandards, welche die existierende Arbeitsverdichtung zurückdrängen! Das bedeutet im Klartext, dass die Stadt Frankfurt und andere Auftragge ber in Zukunft mehr Geld als bisher aufwenden werden müssen, denn: Unsere Arbeit gibt's nicht um

Unterzeichner: Vereinte Dienstleistungsgewerk-

schaft (ver.di) Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) Betriebsrat AIDS-Hilfe Frankfurt e.V. . Retriehsrat Arheitersamariter bund-Lehrerkooperative Betriebsrat Club Behinderter und ihrer Freunde e.V. (CeBeeF) Betriebsrat CeBeeF Fahrdienst GmbHBetriebsrat Frankfurter Verband für Alten- und Rehindertenhil-

fe e.V. . Betriebsrat Internationaler Bund

Hessen e.V. Betriebsrat Internationales Familienzentrum e.V.

Betriebsrat Jugendberatung und Jugendhilfe e.V.

Betriebsrat KOMM Ambulante Dienste e.V. Retriebsrat Praunheimer Werk

stätten GmbH Betriebsrat Sozialwerk Main-

Taunus e.V. Betriebsrat Verein für Arbeits-

und Erziehungshilfe e.V. (vae) und vae gGmbH Betriebsrat Werkstatt Frankfurt

Betriebsrat Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e.V. Betriebsrat Verein zur Unterstützung berufstätiger Eltern e.V.

Aus dem Entwurf des "Leitfadens für konsolidierungsbedürftige Gemeinden und Gemeindeverbände", herausgegeben vom Hessischen Landesrechnungshof, Darmstadt 2011:

Produktbereich 6: Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Kindertageseinrichtungen (S. 29f):

- b. Prüfen, ob Verlagerung von Aufgaben an freie und gewerbliche Träger kostengünstiger ist; insbesondere erheben, ob die Personalkosten für die Vergütung von Erzieherinnen und Erziehern in kommunalen Kindertageseinrichtungen über den Personalkosten von Erziehern in Kindertageseinrichtungen freier Trägerschaft liegen, weil letztere in der Vergütung u. U. flexibler sind (Bezahlung nach freien Haustarifen)
- c. Kostenbeteiligung der Personensorgeberechtigten an Beförderungskosten, z. B. Kindergartenbus
- d. Erhöhung von Kindergartenbeiträgen; Ermäßigung von Kita-Beiträgen (Sozialstaffel) überprüfen...
- e. Zusatzbeiträge für Sonderöffnungszeiten der Kindergärten
- h. Subventionen, wie Gebührenbefreiung für die Vormittagsbetreuung des zweiten Kindes etc., streichen
- i. Erhöhung der Gruppenstärke in den Kindergärten an die vorgegebenen Standards erwägen; Kleingruppen schließen j. Partielle Instandsetzung (Schönheitsreparaturen) von Kinder-
- gärten durch Elterninitiativen... 1. Personalausstattung an kommunalen Kindergärten an der ge-
- setzlichen Mindestausstattung orientieren m. Reduzierung von Freistellungsstunden für Kindergartenleiter

auf das unbedingt notwendige Maß...

SEITE 8 FLZ Nr. 3/12



Obere Reihe: Uli Hildebrand, Sebastian Guttmann

Zweitobere Reihe: Waltraud Umbach, Albin Zeidlewitz, Ernst Olbrich, Daniel Gnida, Margret Kröger, Meike Bär, Christina Avellini

Zweituntere Reihe: Enis Gülegen, Henrich Zorko, Christa Sperr-Straub, Hanne Hirn, Ingeborg Ulrich, Claudia Glock

Untere Reihe: Valentin Wiedemann, Martina Dunkel-Volknandt, Bine Friedrich, Rainer Koch, Christiane Treffert, Alexandra Menk, Maike Wiedwald.

GEW Beamte				
Name	Schule	Тур	Telefon	e-Mail Adresse
Bär, Meike Dunkel-Volknandt, Martina Friedrich, Sabine Glock, Claudia Guttmann, Sebastian Hildebrand, Ulrich Hirn, Hanne Koch, Rainer Olbrich, Ernst Sperr-Straub, Christa Treffert, Christiane Ulrich, Ingeborg Wiedwald, Maike Zorko, Heinrich	FR-Dessauer Gym. E-Huperdinck-Schule Panoramaschule Holbeinschule L-v-Rothschild-Schule Franz-Böhm-Schule G-August-Zinn-Schule Klingerschule Fr-Fröbel-Schule Ernst-Reuter-Schule II Schule am Ried C-v-Weinberg-Schule III	GOS GrS Fö R GrS++ R BS IGS BS G IGS KGS IGS	06192-309299 069-59791886 06171-4753 069-676908 06190-8879915 06101-497144 06171-508241 069-7891567 0641-9869999 069-611837 069-766291 069-66076959 0172-7785855	MeikeBar@aol.com TinaDV@gmx.de bine-friedrich@t-online.de drglock@alice.de ps.guttmann@t-online.de Hibrand@yahoo.de brainmail@t-online.de rainerj.koch@t-online.de Ernst.Olbrich@yahoo.com spermea@web.de c.treff@gmx.net lng.Ulrich@gmx.net m.wiedwald@t-online.de zorko.ersii@t-online.de
GEW Arbeitnehmer				
Name	Schule	Тур	Telefon	e-Mail Adresse
Kröger, Margret Zeidlewitz, Albin	Panoramaschule Bethmannschule	Fö BS	069-96230970 069-595248	Kroeger-Frankfurt@t-online. zeidlewitz@t-online.de
Nachrücker / Gewei	kschaftsbeauftragt	9		
Name	Schule	Тур	Telefon	e-Mail Adresse
Umbach, Waltraud Lindemann, Ireen-Isabell Wiedemann, Valentin Menk, Alexandra Gülegen, Enis	Kirchnerschule L-Erhard-Schule Ernst-Reuter-Schule II Walter-Kolb-Schule Sophienschule	GrS BS IGS HR H	069-6667588 06192-8077324 069-778956 06146-8492575 069-547434	Waltraud.Umbach@t-online i.lindemann@gmx.net valentin-wiedemann@gmx.c a.menk@walter-kolb-schule. guelegen@googlemail.com
Schwerbehinderten		_	T. 1.	
Name	Schule	Тур	Telefon	e-Mail Adresse
Wrede	Engelbert	SSA FFM	069-38989-430 069-20326287	e.wrede@f.ssa.hessen.de

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung

Herausgeber Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt Tel.: 069 – 29 18 18, Fax: 069 – 29 18 19 E-mail: info@gew-frankfurt.de

Bürozeiten Geschäftsstelle des Bezirksverbandes:

dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr donnerstags 14 bis 18 Uhr

Vorsitzendenteam Bettina Happ-Rohé, Maike Wiedwald Redaktion Ernst Olbrich (verantw.), Herbert Storn Rechtsberatung Hanne Hirn,

Rechtsberatung Hanne Hirn, Hans Wedel, Thomas Sachs montags 15.30 - 18 Uhr, Tel.: 069 – 13 37 78 71, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt

Satz & Layout Karin Dienst, Christian Häussler Druck Caro-Druck

Druck Caro-Druck Auflage ca. 3.200 Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als unformatierte Word-Datei. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor. Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.

Nachrichten ...

Anträge auf Teilzeit und Beurlaubung

Auf der Schulleiter-Dienstversammlung der Gymnasien wurde verkündet, man werde Anträge auf Beurlaubung aus arbeitsmarktpolitischen Gründen sowie Anträge auf Sabbatjahr demnächst nur noch in Ausnahmefällen genehmigen. Kurz darauf kam aus einer Berufsschule die Information, dass auch Anträge auf Teilzeit genauer unter die Lupe genommen werden sollten, sofern diese nicht familienpolitisch begründet wären. Der Gesamtpersonalrat hat diese Absichten gerügt und darauf aufmerksam gemacht, dass Kolleginnen und Kollegen sehr genau wissen, warum sie dem Druck einer vollen Stundenbelastung auf eigene Kosten wohlgemerkt(!) - entgehen wollen. Daraufhin machte das Schulamt einen Rückzieher: bei der Genehmigungspraxis für Teilzeitanträge werde man weiterhin im Sinne der Betroffenen entscheiden. Bei der Beurlaubung werde man allerdings rigide sein, da laut § 85 f HBG die Genehmigung an arbeitsmarktpolitische Gründe gebunden sei, die derzeit nicht vorlägen. Beim Sabbatjahr müssten die Schulleitungen überlegen, wie sie während des Freijahres den Unterrichtsausfall kompensieren könnten.

Für Kolleginnen und Kollegen, die ihren Antrag auf Teilzeit gar nicht erst gestellt haben, weil sie glaubten, er werde abgelehnt, bedeutet dies Entwarnung. Im Übrigen sind Ablehnungen von Anträgen auf Teilzeit, Beurlaubung oder Sabbatjahr samt und sonders mitbestimmungspflichtig, Betroffene sollten ihren Personalrat einschalten.

Kommentar: Und außerdem brauchen wir dringend Arbeitszeitermäßigung, damit Menschen mit voller Stelle arbeiten können, ohne befürchten zu müssen, in der privaten Lebensführung zu starke Einschränkungen zu erleiden.

Gesundheitsüberprüfung für Frankfurter Lehrkräfte im Kreis Offenbach?

Von mehreren Kolleginnen und Kollegen, die wegen Einstellung oder Verbeamtung zum Gesundheitsamt mussten, wurden wir darüber informiert, dass sie wegen Personalmangel in Frankfurt nach Hainburg im Kreis Offenbach zu einem privaten Arzt geschickt wurden. Wir baten die Amtsleiterin, dem Frankfurter Gesundheitsamt nahe zu legen, eine Frankfurter Arztpraxis zu beauftragen, um den Lehrkräften Zeit und Fahrtkosten zu ersparen Dieser Bitte kam Fran Bouffier-Spindler nach.

Immer wieder: Umgang mit dem Tarifvertrag Hessen

Nachdem das Hessische Kultusministerium im April 2011 einen Erlass herausgegeben hatte, aus dem hervorgeht, dass bei Einstellung von ArbeitnehmerInnen der Personalrat dreimal in der Mithestimmung ist, nämlich bei Einstellung, Eingruppierung und Einstufung, und dass diese Mitbestimmungsvorgänge auch zeitlich gespreizt vorgenommen werden können, hat die GEW-Fraktion im Januar nachgefragt, ob der Erlass umgesetzt werde. Es stellte sich heraus, dass das Staatliche Schulamt den Erlass weitgehend ignoriert hatte. Auf unser Drängen hin wurden die Formblätter nun nochmals überarbeitet.

Die GEW-Fraktion hat an die neu gewählten Personalräte einen Reader geschickt, aus dem hervorgeht, was alles bei der Einstellung zu berücksichtigen ist. In der Erörterung mit dem Staatlichen Schulamt haben wir das Schulamt nochmals erinnert, welche Unterlagen den Personalräten im konkreten Einzelfall zugeleitet werden müssen, damit sie ihre Mitbestimmungsrechte ausüben können. Die Amtsleitung will unsere Forderungen prüfen. Den Personalräten ist anzuraten, ihre Schulleitungen und das Schulamt dahingehend zu erziehen, dass sie Unterlagen unaufgefordert vorlegen. Andernfalls sollten sie die Zustimmung mit Verweis auf § 62(2) HPVG verweigern.

Kleines Schulbudget

Es soll mindestens eine Schule geben, in der die Schulleitung trotz gegenteiligen Votums von Gesamtund Schulkonferenz das Kleine Schulbudget praktiziert. Die Amtsleitung teilte unsere Meinung, dass dies nicht rechtens sei.

Kommunikation zwischen Lehrkräften und dem Staatlichen Schulamt

Uns liegen mehrere Beschwerden von Kolleginnen und Kollegen vor, die schon vor langer Zeit Anträge oder Anfragen an das Staatliche Schulamt gestellt haben und noch immer auf Antwort warten. Die GEW-Fraktion im GPRLL machte dies zum Thema in der GPRLL-Sitzung. Die Amtsleiterin zog sich auf eine Verfügung von Herrn Eifert aus dem Jahre 2005 zurück, nach der das Schulamt keine Zwischenbescheide verschicken wird. Die Amtsleiterin wand sich: es gebe Fälle, in denen es angebracht sei, den Eingang zu bestätigen und um Geduld zu bitten - sie wolle die SachbearbeiterInnen dahin gehend sensibilisieren.

Kommentar: Besser wäre es, die Anliegen würden einfach zeitnah bearbeitet. Das würde den Beliebtheitsgrad des Schulamtes exponentiell steivern.

Überstundenabrechnung bei Eintritt in den Ruhestand bzw. die Passiyphase der ATZ

Einem Kollegen, der Überstunden angesammelt hatte, wurde die Abrechnung derselben von der Schulleitung verweigert. Das Schulamt äußerte dazu, dass sowohl Schulleitung als auch Lehrkraft darauf zu achten hätten, dass Überstundenkonten bei Eintritt in den Ruhestand o.ä. ausgeglichen seien. Andernfalls müsse die Schule das aus den Mitteln für Verlässliche Schule bezahlen. Das Schulamt stelle dafür keine Mittel zur Verfügung.

Sommerferienbezahlung für befristet Beschäftigte

Die GEW-Fraktion hat die Dienststelle wie jedes Jahr aufgefordert, zu prüfen, ob die Sommerferienbezahlung erfolgen kann, wenn sich bei befristet Beschäftigten eine Anschlussbeschäftigung an einen bis zum Ferienanfang laufenden Fristvertrag abzeichnet. Die Dienststelle hat dies zugesagt.

Zur Erinnerung: in einem Erlass, der beim GPRLL erhältlich ist, ist geregelt, dass Personen, die incl. der Sommerferien 39 Wochen beschäftigt sind, die Sommerferien bezahlt bekommen, wenn der Befristungsgrund auch über die Sommerferien hinweg besteht. In der Praxis ergeben sich bei Anwendung

....aus dem Gesamtpersonalrat

des Erlasses Interpretationsspielräume, weswegen sich Betroffene in Zweifelsfällen an die GPRLL-Mitglieder um Unterstützung wenden können.

Regelung von Dienstpflichten vom Krankenbett aus?

Es soll Schulleitungen geben, die erkrankte Lehrkräfte anrufen und dazu drängen, Unterlagen für Vertretungsunterricht zur Verfügung zu stellen. Die GEW-Fraktion fragte die Dienststelle nach ihrer Auffassung zu einer solchen Praxis. GPRLL und Dienststelle waren sich einig, dass kranke Lehrkräfte in Ruhe gelassen werden sollten. Die Dienststelle will die DezernentInnen in diesem Sinne ansprechen, um in Schulleiterdienstversammlungen darauf hinderen dienstversammlungen darauf hinderen dienstversammen dienstversammen dienstversammen dienstversammen dienstvers

zuweisen, dass es illegitim ist, so zu verfahren.

Verbeamtung

Die GEW-Fraktion im GPRLL fragte an, ob das Staatliche Schulamt eine eher restriktive Praxis bei der Übernahme von Angestellten ins Beamtenverhältnis handhabe. Das Schulamt antwortete, das sei in keiner Weise der Fall. Man be-

rate höchstens ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dahingehend, dass eventuell nach längerer Zeit im Angestelltenverhältnis Nachteile bei der Versorgung entstünden. Wer im Angestelltenverhältnis sei und ins Beamtenverhältnis wolle, ohne dies vom Schulamt direkt angeboten zu bekommen, müsse nur einen formlosen Antrag stellen.

Kollision eines beweglichen Ferientages mit einem Abi-Nachschreibetermin

Die Dienststelle bestätigte, dass Kolleginnen und Kollegen, die am 30. April Abitur-Nachschreibeprüfungen beaufsichtigen mussten, ein Recht auf einen Ausgleichstag haben

Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

"Selbstständige Schule" – Großes Schulbudget

Im Erlass "Information zur Umwandlung in eine selbstständige allgemeinbildende Schule" (SES) ist für die interne Evaluation ein "Qualitätsmanagementsystem" vorgeschrieben und der HPRLL fragte nach, was darunter zu verstehen sei.

Die Dienststelle verwies zunächst auf das Beispiel vieler SV-Plus-Schulen, die ein ausgewiesenes Qualitätsmanagementsystem wie O2E übernommen hätten. Die allgemeinbildenden Schulen hätten das nicht und sollen das auch nicht übernehmen. Interne Evaluation heiße, dass die Evaluation der jeweiligen Konzeption von der Schule jeweils niedergelegt sein müsse. Ob durch Interviews, Befragungen etc. sei der Schule überlassen. Wenn die Konzeption beispielsweise vorsehe, die Zahl der Wiederholer zu vermindern, so müsse das Ziel (die Quote), der Zeitraum und die Überprüfung des Ziels festgelegt sein.

Bei der externen Evaluation stelle sich das Institut für Qualitätsentwicklung auf die niedergelegten Ziele ein, werde eine Basiserhebung auf der Grundlage der Konzeption machen und nach vier Jahren die Umsetzung betrachten.

Auf Nachfrage berichtete die Dienststelle, dass zurzeit eine allgemeine Informationsrunde der Staatlichen Schulämter für interessierte Schulen laufe und dass am 3. 5. 2012 eine Veranstaltung zur Erhebung des "Begleit"-Bedarfs der SES geplant sei. Hilfen für die einzelne Schule müssten verabredet werden. Bisher sei an Wünschen der Schulen geäußert worden, sich über Evaluation und Prozesssteuerung zu verständigen.

Zum "großen" Budget für die SES sind nach Auffassung des HPRLL bisher nur befristete Verträge möglich. Insofern passt das Beispiel der Einstellung einer Bibliothekarin nicht als Option.

Die Dienststelle bestätigte dies und hat Enttäuschungen auf Seiten der Schulleiter festgestellt. Es sei angedacht, bei größeren Systemen, etwa ab 70 Stellen aufwärts, mit Zustimmung des HKM auch die unbefristete Einstellung von nicht lehrendem Personal zu ermöglichen. Allerdings müsse immer der Unterricht zu 100% abgedeckt sein. Möglich seien aber beispielsweise Werkverträge im Zusammenhang mit Projekten.

Der HPRLL hielt positiv fest, dass auf die Beachtung des TV-H bei Abschluss von Beschäftigungsverhältnissen ausdrücklich hingewiesen wird.

Der HPRLL kritisierte, wie einige Schulleitungen vorgehen, um eine Zustimmung zu SES zu erreichen und nannte Beispiele, wie Schulleitungen versucht haben, die Zustimmung von Personalräten, Kollegien oder der Schülervertretung zur Umwandlung in eine SES

mit Zugeständnissen und Halbwahrheiten zu erreichen.

Entwurf eines Grundlagenpapiers Schule & Gesundheit 2011 bis 2016

Der HPRLL hat hierzu eine Stellungnahme verabschiedet.

"Selbstständige berufliche Schulen"

Der HPRLL hat kritisiert, dass die SBS im Rahmen der Veranstaltung in Kassel Zertifikate erhalten haben, obwohl an keiner dieser Schulen die notwendigen schulischen Konzeptionen als Voraussetzung für die Umwandlung in SBS vorgelegen hätten. Die Dienststelle geht davon aus, dass die Beschlüsse der Gesamtkonferenzen der Transferschulen auf der Basis des Rahmenkonzeptes des Erlasses vom August 2010 zustande gekommen seien. Dies sei für das HKM ein hinreichender Beschluss für die Teilnahme am Transferprozess und die anschließende Deklarierung als SBS. Auf der Basis der jetzigen eingereichten Konzeptvorschläge würden Zielvereinbarungen mit den StSchÄ getroffen.

Der HPRLL geht von folgendem Sachverhalt aus: Das Hessische Schulgesetz verlangt, dass Transferschulen geplante Abweichungen von Rahmenregelungen definieren und diese in der Schulgemeinde diskutiert werden mit dem Ziel, eine individuelle und schulspezifische Konzeption zu entwickeln. Das bisherige Vorgehen der Dienststelle steht aber im Widerspruch dazu, da dieser Prozess mit anschließender Abstimmung an keiner der 18 Transferschulen stattgefunden hat. Aus diesem Grund muss die inhaltliche Diskussion an diesen Schulen dringend nachgeholt werden. Der HPRLL forderte in diesem Zusammenhang von der Dienststelle, einen dafür erforderlichen Zeitrahmen vorzugeben. Die Dienststelle wollte das überprüfen.

Darüberhinaus fragte der HPRLL nach Modalitäten des Soll-Ist-Abgleich beim Großen Schulbudget und weiter, unter welchen Bedingungen eine Schule eine freie Stelle befristet besetzen könne. Nach Aussage der Dienststelle wurde das zuständige Referat beauftragt, einen entsprechenden Erlassentwurf auszuarbeiten. Auf die Frage, unter welchen Bedingungen eine Schule eine freie Stelle unbefristet mit einer Assistenz besetzen könne und auf welcher rechtlichen Grundlagen, erwiderte die Dienststelle, dass unbefristete Verträge bestimmten Voraussetzungen unterlägen, die noch nicht festgelegt seien. Die 10%-Regelung sei eher eine Beschränkung und gelte im Rahmen des "Großen Budgets" nicht. Schließlich fragte der HPRLL nach der Überprüfung der Verpflichtung der Unterrichtsabdeckung gemäß der Grundzuweisung. Die Dienststelle erklärte, dass

es Überlegungen dazu gebe, aber noch kein konkretes Verfahren entwickelt worden sei.

Novellierung der VO über die Ausbildung an den zweijährigen höheren Berufsfachschulen für Sozialassistenz

Der HPRLL forderte eine grundlegende Reform der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern mit dem Ziel der Gleichwertigkeit mit der Ausbildung von Lehrkräften. Dies beinhaltet die Forderung nach Ausbildung auf Hochschulniveau wie in vielen anderen euro päischen Ländern. Die Dienststelle sieht zwar prinzipiell auch die Notwendigkeit, die Ausbildung bundesweit auf ein höheres Ausbildungsniveau zu bringen, verweist aber auf die Autonomie der Hochschulen; dem HPRLL fehlt hier der politische Wille zu einer grundlegenden Reform, Am vorliegenden Entwurf kritisierte der HPRLL die verkürzte Ausbildung im Bereich des Tagespflegepersonals und weitere Detailpunkte, die er in einer Stellungnahme zusammenfasste.

HKM-Broschüre Zielvereinbarungen im Qualitätsentwicklungszyklus nach Schulinspektion

Der Hauptpersonalrat forderte eine umgehende Klärung der Qualität seiner Beteiligung ein, falls es sich bei der Broschüre des HKM um eine Handreichung als verbindlich umzusetzender Erlass handelt. Darüberhinaus formulierte er Kritikpunkte zur Steuerung der Schulentwicklung mit Zielvereinbarungen – hier ist Schulentwicklung ausschließlich Organisationsentwicklung – und an einer Reihe von Festlegungen und Zielsetzungen in dieser Broschüre.

Aktuelle Fragebogenaktion des IfQ an Klassensprecherinnen und Klassensprecher

Nachdem geklärt wurde, dass die Teilnahme an dieser Fragebogenaktion freiwillig ist, wird der Punkt nicht weiter verfolgt, auch wenn einige Fragen in ihrer Formulierung fragwürdig erscheinen.

Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses

Der HPRLL hat sich noch einmal an die Dienststelle gewandt, weil die Regelung zur Meldepflicht bei Nichterscheinen von Schülern die Schulen vor erhebliche Probleme stellt: Wenn zu Unterrichtsbeginn ein Schüler ohne bekannten Grund fehlt, dann müsste eine Lehrkraft unverzüglich mit den Eltern telefonieren, was eine Reihe von praktischen Schwierigkeiten mit sich bringt. Der HPRLL ist der Auffassung, dass das HKM keine Regelungen treffen darf, die dann vor Ort an den realen Gegebenheiten scheitern müssen und gleichzeitig die Verantwortung für Konsequenzen auf Lehrkräfte und Schulleiterinnen und Schulleiter verla-

Einstellung der Lehrkräfte in den Vorbereitungsdienst zum 01. 05. 2012

Die Auseinandersetzung um den Erhalt der Referendarstellen zeigt Erfolge: Die Wartelisten konnten stark reduziert werden. So werden bei den Grundschulen nur noch etwa 30 Personen auf der Warteliste verbleiben. Ähnlich ist es beim Lehramt Förderschule. Bei HR und GYM konnten die Wartelisten mehr als halbiert werden. Im Berufsschulbereich gibt es einen Mangel an Bewerbern.

Novellierung der Oberstufenund Abiturverordnung (OAVO)

Hauptkritikpunkt ist die Streichung der verbindlichen Tutorenstunde in der Oberstufe; diese Frage will das HKM als Ergebnis der Erörterung noch einmal prüfen (Proteste/Resolutionen zu der Frage wären hilfreich, Vorlagen wurden über die Landesgeschäftsstelle verschickt). Der HPRLL beschloss eine Stellungnahme.

Entwurf Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz

Die Dienststelle legte den Entwurf Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz vor. Der Gesetzentwurf beinhaltet den Rahmen für die Zusammenführung von AfL, IfQ und Staatlichen Schulämtern, wobei letztere in ihren Standorten sowie die GPRLL bekanntermaßen erhalten bleiben. Die Errichtung eines Landesschulamts ist zum 1.1.2013 geplant. Es liegt eine Einladung für den HPRLL zur ersten Sitzung des Projektbeirats zur Organisationsstruktur Schulverwaltung vor.

Genaue Zeitläufe für das Gesetzgebungsverfahren konnte das HKM nicht nennen.

Zulassung von Schulbüchern

Das Zulassungsverfahren wird künftig verkürzt und vereinfacht, mit dem Ziel, den Schulen schneller aktuelle Lernmittel zur Verfügung zu stelle. Neben den Schulbüchern werden nun "digitale Lehrwerke" zugelassen, was eine Reihe von Problemen aufwirft. Der HPRLL hält es für notwendig genau(er) zu definieren, was ein digitales Lehrwerk ist, und die Verlage zu verpflichten, bei der Antragstellung die mit dem Lehrwerk verbundenen Nutzungsrechte genau darzulegen. Die Dienststelle will dies prüfen.

Sonderpädagogische Förderung – Versetzungskarussell von Förderschullehrkräften

Der HPRLL kritisierte, dass in verschiedenen Schulamtsbereichen zunehmend Druck auf die Förderschulkräfte ausgeübt wird, einen Versetzungsantrag von einer Regelschule an ein BFZ zu stellen. Als Begründung wird angegeben, alle Förderschulkräfte müssten eine Förderschule (ggf. mit BFZ) als Stammschule haben. Das ist aus Sicht des HPRLL falsch, damit werden bestehende Maßnahmen, z.B. im GU schlicht kaputt gemacht. Die Versetzungen werden offenbar vorgenommen um "bessere" Verfügungsmöglichkeiten über den Einsatz der Lehrkräfte zu haben. Der HPRLL wiederholt seine Position, dass an den Regelschulen eine Grundausstattung mit Förderschulkräften notwendig ist, um Schritte zu einer inklusiven Schule gehen zu können.



Bettina Happ-Rohé Klingerschule (212-44019)

mffn1990@aol.com



Christoph Baumann Paul-Hindemith-Schule (21245355) Tel. 06192-43935 gew@baumannchristoph.de



Susanne Hoeth, Frauenhofschule (212-33059), Tel. 069-61 47 06, Susanne.Hoeth@gmx.de

SEITE 10 FLZ Nr. 3/12

Inklusion in Frankfurt – Wie sieht die Zukunft aus?

Ich weiß, dass ich nichts weiß. Dieser bekannte Satz trifft wohl auf die gegenwärtige Erkenntnislage zur "Inklusen Beschulung" in Frankfurt am besten zu. Der vom Staatlichen Schulamt verkündete "Fünfjahresplan zur Umsetzung der Inklusion" bleibt an allen entscheidenden Stellen unkonkret und regelt eigentlich nur, dass die Regelung den Regionalen Beratungs-und Förderzentren überlassen bleiben soll, von denen es in Frankfurt 7 gibt.

Eins ist aber iedenfalls klar: Die Bedingungen der "Inklusiven Beschulung" werden deutlich schlechter sein, als die des Gemeinsamen Unterrichts, Pro inklusiv zu beschulendem Kind mit Anspruch auf sonderpädagogischem Förderbedarf soll es 4 Förderschullehrerstunden geben (nur beim Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung sollen noch 4,9 Stunden hinzukommen), die Klassengrößen sollen nicht mehr verringert werden. Wohin die durch die nichterfolgten Klassenverkleinerungen eingesparten Stellen gehen werden, ist unklar. Klar ist jedoch, dass mit den für die "Inklusi-ve Beschulung" zur Verfügung gestellten Mitteln nur 105 Kinder mit Anspruch auf sonderpädagogischen Förderbedarf "in-klusiv beschult" werden können (was je nach Rechnung zwischen 20% und 25% der Kinder mit neu festgestelltem Anspruch auf sonderpädagogischen Förderbedarf aus den Bereichen "Lernen", "Sprache" und "Emotional-Soziale Entwicklung" wären. Nimmt man die anderen Bereiche der sonderpädagogischen Förderung hinzu, wird diese Prozentzahl noch bedeutend kleiner.).

ligt sind außerdem auch die Förderschulen, die als Regionale Beratungs- und Förderzentren die "Inklusive Beschulung" steuern und mit Förderschullehrkräften versorgen sollen, Gemeinsam ist allen, dass auf die jetzige Belegschaft große Veränderungen zukommen. Aus diesem Grund hat die GEW Frankfurt am 05. 06. 12 Personalräte und Vertrauensleute aller betroffenen Schulen zu einer ersten Versammlung eingeladen, um sich über unterschiedliche Ausgangslagen, aber auch über gemeinsame Interessen und Vorgehensweisen zu verständigen. Die oben genannten unterschiedlichen Ausgangslagen wurden hier auch deutlich. Während manche die "inklusive Beschulung" als Chance auffassen, sich besser um Kinder in der Klasse kümmern zu können als bisher, haben andere erst durch unsere Einladung erfahren, dass sie als Standort für die "Inklusive Beschulung" vorgesehen sind. Auch an den bisherigen GU-Standorten ist bisher nichts darüber bekannt, wie die "Inklusive Beschulung" an ihrer Schule konkret stattfinden soll. Leider nahmen nur wenige Schulen an der Versammlung teil, was wohl vor allem am Zeitpunkt kurz vor Ende des Schuljahres lag. Die anwesenden Vertreter der Schulen bewerteten die Versammlung positiv und waren einer Meinung, dass nach den Sommerferien alle betroffenen Schulen zu einem weiteren Treffen eingeladen werden sollen.

Auch auf anderen Ebenen müssen wir weiter für gute Bedingungen der Inklusion (bzw. für echte Inklusion) weiter eintreten. Im kommenden Schuljahr muss an die gelungenen Protestveranstaltungen im März (z.B. Aktionswoche der Frankfurter Schulen mit Gemeinsamen Unterricht mit Demonstration am 22. 03. 12, Protestkundgebung der GEW "Mit Nachdruck für gelingende Inklusion" in Wiesbaden") angeknüpft werden: Der Protest muss weiter gehen und stärker werden, denn nur so werden wir angemessene Bedingungen erreichen!

Sebastian Guttmann





Inklusion / GPRLL

Seit Oktober ist nicht nur der Tagesordnungspunkt "Inklusion" auf der Tagesordnung der Sitzungen mit dem Staatlichen Schulamt, sondern die GEW-Fraktion im GPRLL fragte auch immer wieder beharrlich nach, welche Überlegungen zu Personallenkungsmaßnahmen (Versetzungen und Abordnungen) im Rahmen der zukünftigen "inklusiven Beschulung" denn angestellt worden seien. Die Aussage der Dienststelle war immer, dass man zu einem so frühen Zeitpunkt nichts dazu sagen könne. In der Sitzung am 02. Mai wurde vom Schulamt eine Liste mit 19 Schulen ohne Gemeinsamen Unterricht ühergehen, an denen in Zukunft inklusive Beschulung stattfinden soll. Diese sei aber noch nicht abschließend. Konkreteres gab es nicht. In der Sitzung am 16. 05. fasste der Gesamtpersonalrat den Beschluss, keiner Versetzung zuzustimmen, die nicht von der Lehrkraft von sich aus beantragt wurde und teilte dies der Dienststelle so mit. Außerdem wurde ein Gesamtplan für die zukünftige Umsetzung der sonderpädagogischen Förderung in Frankfurt als Grundlage für eventuell erfolgende Versetzungen eingefordert. Auch in dieser Sitzung sah sich die Dienststelle außerstande. einen konkreteren Ausblick auf die eventuell anstehenden Maßnahmen zu geben und verwies lediglich darauf, dass die Verordnung VOSB, die die Beschulung von Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogischen Förderbedarf regelt, im Juni-Amtsblatt erscheinen soll. Was diese dann beinhaltet, bleibt abzuwarten. Auch die neue GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat bleibt auf jeden Fall weiter an dem Thema dran und lässt gegenüber dem Schulamt nicht locker

GEW Bezirk Frankfurt: Stadt muss Voraussetzungen für Inklusion schaffen!

Die GEW schlägt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vor:

Der Magistrat wird beauftragt, zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf inklusive Beschulung die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen in den Schulen zu schaffen und hierfür einen Plan zu erstellen.

Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Schulentwicklungspläne, insbesondere der Schulentwicklungsplan Teil S – Sonderpädagogische Förderung (SEP-S) vom 24. 06. 2005 (M 126), aber auch der SEP A dringend der Überarbeitung bedürfen.

Der Magistrat wird aufgefordert, den notwendigen Bedarf unter Einbeziehung der Schulgemeinden, der Schülervertretung, des Stadtelternbeirats und des Gesamtpersonalrats der Lehrkräfte sowie der Sozialverbände für jede Schule zu ermitteln,eine entsprechende Konzeption zur Schaffung der Voraussetzungen zu erarbeiten und diese der Stadtverordnetenversammung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die Vorlage sollte eigentlich rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen für das Jahr 2012 erfolgen, damit so zügig wie möglich mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Weiterhin sollte der Magistrat Experten beauftragen und in den Ausschuss für Bildung und Integration einladen, um Informationen zum Thema Inklusion und die Konsequenzen für die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen in den Schulen zu geben.

Begründung:

Obwohl der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer als Vertretung der

Lehrkräfte wie auch der Landeselternbeirat die Regelungen zur Um-setzung der UN-Behindertenrechtskonvention im neuen Hessischen Schulgesetz und der dazu gehörende Rechtsverordnung als absolut unzureichend und eher als Verhinderung von Inklusion kritisieren, haben die Staatlichen Schulämter mit der Umsetzung von Gesetz und Verordnung begonnen. Förderausschüsse werden demnächst den Förderbedarf für die einzelnen Schülerinnen und Schüler ermitteln. Dazu gehören auch die entsprechenden räumlichen und sächlichen Voraussetzungen an den Schulen. Hierfür muss aber der Schulträger die Voraussetzungen schaffen

Die Diskussionen werden spätestens seit der Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention 2006 geführt, kommen also nicht überraschend.

Um die Planungen von Seiten des Schulträgers nicht an den mit der Umsetzung von Inklusion befassten Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern vorbei vorzunehmen, ist es sinnvoll, von Anfang an mit den Schulgmeinden, der Schülervertretung, dem Stadtelternbeirat und dem Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt zusammenzuarbeiten.



Frankfurt / Bild oben

Protestaktionen gegen die sogen. Inklusionspolitik der Landesregierung in Frankfurt am 22. 03. 2012 hier batten die Schülerlmen der Münzenberger und der Theobald-Ziegler-Schule eine Kette aus selbst gemalten Plakaten zwischen den beiden Schulen aufgehängt und mit ihren LehrerInnen eine Protestkundgebung im Stadtteil abgehalten

Wiesbaden / Bild Mitte und unten Protestaktion der GEW am 27. 03. 2012 in Wiesbaden

Mitte: In dem Blumenkreis stand: Inklusive Schule für alle! GEW)
Unten: Jochen Nagel

Termin

Beratung: "Dezentrale Erziehungshilfe und inklusive Schulen" für alle Kolleginnen und Kollegen, die mit Schülerinnen und Schülern mit Erziehungshilfebedarf arbeiten: am Montag, den 25. Juni 2012, von 14 bis 17 Uhr, Haus Gutleut, Rottweiler Straße 32, 60327 Frankfurt am Main

INVESTMENT OF THE RECHT





Protestaktionen gegen die sogen. Inklusionspolitik der Landesregierung in Frankfurt am 22. 03. 2012 an der Hauptwache

Arbeitshetze – Arbeitsintensivierung – Entgrenzung / "Öfters mal laut und vernehmlich NEIN sagen"

So lautet der Titel einer Broschüre, die der DGB-Index Gute Arbeit GmbH herausgegeben hat.

In einer Repräsentativumfrage wurden 6.083 Menschen aus den Branchen Chemie, Metallerzeugung und -bearbeitung, Maschinen- und Fahrzeugbau, Energieversorgung, Baugewerbe, Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation, Finanzdienstleistungen und Versicherungen, Wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, Öffentliche Verwaltung und Sozialversicherungen, Gesundheits- und Sozialwesen und eben auch Erziehung und Unterricht zu ihren Arbeitsbedingungen befragt.

Die Ergebnisse dieser Umfrage sind zwar möglicherweise nicht überraschend, erschrecken aber dennoch in ihrer Eindeutigkeit.

Bei der Aussage "Ich habe den Eindruck, dass ich in den letzten Jahren immer mehr in der gleichen Zeit schaffen muss" haben 63% der Befragten als "voll und ganz" oder "eher zutreffend" bezeichnet. Spitzenreiter ist das Baugewerbe mit 73%, der Erziehungsbereich liegt mit 64% beim Durchschnitt.

Das Umfrageergebnis ist nicht weiter verwunderlich angesichts der Tatsache, dass in diversen Branchen Tausende von Arbeitskräften entlassen wurden, ohne dass die Arbeit weniger geworden wäre. Die daraus resultierende Produktivitätssteigerung wurde aber weder in Geld noch in Arbeitszeitverkürzung an die Beschäftigten weitergegeben. Bei Gehaltserhöhungen freuen sich die Menschen schon, wenn sie wenigstens den Inflationsausgleich bekommen, und auch das war im letzten Jahrzehnt Fehlanzeige.

Bei der Frage "Wie häufig wird von Ihnen erwartet, dass Sie auch außerhalb Ihrer normalen Arbeitszeit per e-mail oder Telefon erreichbar sind?" sagen 43% der Be-schäftigten in Erziehung und Unterricht "Sehr häufig" oder "Oft". Sie stellen damit die Spitzengruppe dar, danach kommt das Gastgewerbe mit 37%. Aber es kommt noch krasser: Die Frage: "Wie häufig er-ledigen Sie in Ihrer Freizeit Aufgaben für Ihren Betrieb oder Ihre Behörde?" beantworten 56% unserer Kolleginnen und Kollegen mit "Sehr häufig" oder "oft", während der Durchschnitt aller Beschäftigten hier bei 15% liegt! Und die Aussage "Es fällt mir schwer, nach der Arbeit abzuschalten" bestätigen 51% aus dem Erziehungsbereich mit "trifft voll und ganz" oder "trifft eher zu", der Durchschnitt liegt hier bei 33%. Kein Wunder dann auch, dass wir auch Spitzenreiter bei der Aussage sind: "Ich muss auch zu Hause an Schwierigkeiten bei der Arbeit denken". Hier kreuzten 63% der in Erziehung und Unterricht Tätigen die ersten beiden Antwortmöglichkeiten an, der Durchschnitt liegt bei 37%.

Der DGB berichtet weiter, dass Gesundheitstage, Zuschüsse zu sportlichen Aktivitä-ten, Massagen oder ähnliches zwar kein Patentrezept gegen solche Belastungen sind, dass aber noch nicht einmal solche Angebote flächendeckend von den Arbeitgebern gemacht werden. Der Erziehungsbereich liegt hier auf dem vorletzten Platz vor dem Gastgewerbe: nur 18% der Befragten (Durchschnitt 33%) berichten von entsprechenden Angeboten.

Was sagt uns das? Wir müssen überlegen, ob wir Arbeitsverdichtung und die Über-griffe der Arbeit auf das Privatleben während unseres ganzen Arbeitslebens aushalten können und wollen. Der Grund für die Arbeitsverdichtung im Bereich der Lehrberufe liegt ja nicht, wie in der Industrie, darin begründet, dass man die Arbeit der kürzlich Entlassenen mit bewältigen muss. Er liegt eher in einer schwieriger, teilweise auch anspruchsvoller werdenden Schüler- und Elternschaft, aber auch in den Initiativen des Kultusministeriums und so mancher Schulleitung, dem Erziehungsbereich immer mehr Themen aufzubürden, die die Gesellschaft ungelöst lässt und sodann über die Installation von immer mehr Arbeits- und Steuerungsgruppen und der Einführung von immer mehr Lernstandsvergleichen und Evaluationen die "Qualität" zu erhöhen.

Den Nachweis, dass dies den ausgegebenen Zielen dient, bleiben die Herrschaften leider schuldig. Und wir halten ihnen diese Wahrheit viel zu selten unter die Nase, sondern befolgen mehr oder weniger unwillig die jeweiligen Parolen.

Ich bin der Meinung, wir sollten öfters mal laut und vernehmlich NEIN! sagen. Vor allem bei Dingen, die ganz offensichtlich außer zusätzlicher Arbeit nichts bringen! Sicher würde das die oben beschriebene Problematik nicht lösen. Aber es wäre ein guter Anfang und ein Signal, dass Lehrkräfte nicht alles mit sich machen lassen.

Marianne Friemelt

Beschäftigte in Erziehung und Unterricht

kreuzten an:

- "Ich habe den Eindruck, dass ich in den letzten Jahren immer mehr in der gleichen Zeit schaffen muss": 64% als "voll und ganz" oder "eher zutreffend"
- "Wie häufig wird von Ihnen erwartet, dass Sie auch außerhalb Ihrer normalen Arbeitszeit per e-mail oder Telefon erreichbar sind?":
 43% "sehr häufig" oder "oft".
- "Wie häufig erledigen Sie in Ihrer Freizeit Aufgaben für Ihren Betrieb oder Ihre Behörde?": 56% mit "sehr häufig" oder "oft".
- "Es fällt mir schwer, nach der Arbeit abzuschalten": 51% mit "trifft voll und ganz" oder "trifft eher zu".
- "Ich muss auch zu Hause an Schwierigkeiten bei der Arbeit denken":

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

 "

63% mit "sehr häufig" oder "oft".

SEITE 12 FLZ Nr. 3/12

Die Stadt muss dringend für vernünftige Arbeitsbedingungen in allen Bildungseinrichtungen sorgen!

Die Forderungen des GEW Bezirksverbands Frankfurt an den Haushalt 2012

Bereits vor 3 Jahren, 2009, hat die Frankfurter GEW und der Gesamtpersonalrat der Lehrkräfte dem Magistrat und dem Stadtparlament die dringendsten Sanierungsforderungen Frankfurter Schulen aufgrund der Begehungsberichte zur Kenntnis gegeben und um dringende Abhilfe gebeten. Erfolgt ist – bis auf wenige Ausnahmen – nichts.

Die GEW erneuert deshalb ihre Forderung, die Beseitigung der Mängel aufgrund der Begehungsberichte 2009 – soweit noch nicht geschehen – prioritär in den Haushalt 2012 aufzunehmen. (Aktualisierte Liste im Anhang) Die seit Jahren überfälligen Sanierungen, die die primitivsten grundlegenden Arbeitsbedingungen von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern permanent beeinflussen, müssen endlich angegangen werden, erklären und in Angegangen werden, erklären und Schülern permanent beeinflussen, müssen endlich angegangen werden, erklären und Schülern permanent beeinflussen, müssen endlich angegangen werden, erklären und Schülern permanent beeinflussen, müssen endlich angegangen werden, erklären und Schülern permanent beeinflussen, müssen endlich angegangen werden, erklären e

ten Vertreterinnen der GEW anlässlich der Beratungen im Bildungsund Integrationsausschuss. Der von CDU/Grünen dazu vorgelegte Antrag E 15 ist absolut unzureichend. Es muss nicht geprüft, sondern gehandelt werden!

Das Beispiel Uhlandschule. Im Frühjahr 2012 schreibt der Personalrat:

"Im letzten Sommer wurde das gesamte Erdgeschoss renoviert und die Fußböden erneuert. Alle anderen Klassenräume (außer R.19) sind dringend renovierungsbedürftig, im Obergeschoss gibt es Risse und Flecken an den Decken. An der Außenfassade blättert großflächig der Putz, der Sandstein ist an manchen Stellen beschädigt und wurde notdürftig repariert bzu. durch Metall ersetzt. Das Dach ist undicht und wird immer mal wieder

geflickt. In den Klassenräumen auf der Nordseite sollte eine Tageslichtbeleuchtung installiert werden. Nach wie vor sind die Tollettenanlagen für Schülerinnen und Schüler und für die Lehrkräfte sanierungsbedürftig. Eine Nachhallmessung im Fe-

Eine Nachhallmessung im Februar 2012 ergab Handlungsbedarf in Bezug auf die Akkustik in den Räumen 32 und 33 sowie in den Treppenhäusern. Einige Fenster sind defekt bzw. undicht, die Oberlichter lassen sich nicht überall schließen."

Außerdem fordert die GEW ein Akkustiksanierungsprogramm für die Klassenräume als Konsequenz aus den Messungen des für den Arbeitsschutz in den Schulen zuständigen medical airport service. Der Bericht des Magistrats vom 20. 04. 2012 auf eine Anfrage der FDP zur Lärmdämmung in Klassenräumen

(B 177) kann in diesem Zusammenhang nur als abso¬lut unzureichend in Bezug zu den Konsequenzen bezeichnet werden.

Auch die Schulreinigung ist an vielen Schulen ein ungelöstes Problem. Die GEW erinnert an ihre Forderung zur Rekommunalisierung der Schulreinigung.

Weiter fordert die GEW, die schleppende Bau- bzw. Sanierungstätigkeit (mit langen Stillständen und Beinträchtigungen!) an einigen Frankfurter Schulen zum Thema zu machen und endlich anzugehen (Beispiele Theobald-Ziegler-Schule, IGS West, Georg-August-Zinn-Schule – Turnhalle, Franz-Böhm-Schule).

Schließlich vermisst die GEW die Thematisierung der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Frankfurt. Dazu mahnt die GEW an, sich mit den Voraussetzungen für Inklusion von Schulträgerseite zu befassen. Dazu reicht die Barrierefreiheit nicht aus. Der gesamte Schulentwicklungsplan Smuss überarbeitet und mit dem SEP A neu abgestimmt werden.

Dass die geplanten Kürzungen bei der Jugendhilfe zurückgenommen und die Maßnahmen vielmehr ausgebaut werden müssen, müsste eigentlich auch Bildungsdezernat und dem Magistrat einleuchten.

Presseerklärung des GEW Bezirksverbands Frankfurt vom 21. 05. 2012, vorgetragen auf der Sitzung des Bildungs- und Integrationsausschusses am 21. 05. 2012

Pionier der Sozialpädagogik – Festveranstaltung zum 100. Geburtstag

von Prof. Dr. Berthold Simonsohn

Der promovierte Jurist Berthold Simonsohn wurde 1962 auf die in Frankfurt neu geschaffene Professur für Sozialpädagogik und Jugendrecht berufen. Hier war er als Vertreter einen sozialwissenschaftlich und psychoanalytisch verankerten Pädagogik tätig und war darüber hinaus maßgeblich am Aufbau des 1970 eröffneten Instituts für Sonderund Heilpädagogik zuständig.

Am 24. April fand mit Unterstützung der "Freunde und Förderer" der Goethe-Universität anlässlich seines 100. Geburtstags eine Festveranstaltung an der Goethe-Universität statt, auf der Prof. Dr. Micha Brumlik, Prof. Dr. Aden-Grossmann und Prof. Dr. Helmut Reiser Aspekte der wissenschaftlichen Arbeit Berthold Simonsohns würdigten.

Vor den ca. 150 Besuchern begrüßte der Vize-Präsident der Universität Prof. Dr. Matthias Lutz-Bachmann die Veranstaltung.

Berthold Simonsohn lehrte an der Universität "mit einer Biographie besonderer Art, wie nur das 20. Jahrhundert sie schreiben konnte", sagte Matthias Lutz-Bachmann in seinen einführenden Worten. 1912 geboren, studierte ab 1929 Iura und Staatswissenschaften, wurde als Jude 1933 jedoch nicht zum Staatsexamen zugelassen. Anfang 1934 konnte er noch seine Promotion in den Rechtswissenschaften abschließen. Er engagierte sich im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, wurde mehrfach verhaftet und im Juli 1942 nach Theresienstadt deportiert, wo er seine spätere Frau Trude Simonsohn kennenlernte. Er überlebte auch Auschwitz und Dachau, wo er am 30. April 1945 befreit wurde. Im Alr von 50 Jahren wurde er schließlich Professor an der Goethe-Uni-

"...etwas, das besser ist als Strafvollzug"

Der von Julia König verlesene Vortrag von Micha Brumlik, der "die Simonsohns" von klein auf kannte, und der Vortrag von Wilma AdenGrossmann, die als Assistentin von Berthold Simonsohn arbeitete, erläuterten, dass sich Simonsohns sozialwissenschaftlich und psychoanalytisch motivierte Pädago gik auch in seiner Strafrechtskritik widerspiegelte, die unter dem aus der Medizin übernommenen Motto "Vorbeugen ist besser als heilen" stand. Der Grundstimmung einer Kriminalisierung von Jugendlichen trat Simonsohn entgegen, da diese so diskriminiert und "in den Teufelskreis des Immer-Wieder-Rückfälligwerdens und in die Rolle des Sündenbocks" hineingedrängt wer-

Für ein Ende der Isolierung als Iernbehindert und verhaltensgestört bezeichneter Kinder

1970 wurde Simonsohn damit beauftragt, das Institut für Sonderund Heilpädagogik an der Goethe-Universität aufzubauen, Simonsohn trat damit die Veränderung eines Bereichs der Pädagogik an, der bis dahin noch stark vom Geist des NS geprägt war. Ziel des NS-Regimes war es, "die Hilfsschulen als Leistungsschulen zu konzipieren und mit dem Konzept der Brauchbarmachung des brauchbaren Rests einen Teil der Population leistungsschwacher, störender und behinderter Kinder[...] fit zu machen". während die als "unbrauchbar" geltenden Kinder in die Vernichtungseinrichtungen gebracht wurden, wie Helmut Reiser in seinem Beitrag ausführte.

Simonsohn trat u. a. dafür ein, die "Sonderpädagogik" als Teil einer sozialwissenschaftlich orientierten Pädagogik aufzufassen. Die Psychoanalyse sollte als Grundlagenwissenschaft herangezogen und vor allem sollten Wege für einen gemeinsamen, nicht absondernden Unterricht gefunden werden

Katha Rhein (GEW Studis)



Trude Simonsohn und Sohn

Eine Dokumentation über die Veranstaltung ist zu beziehen unter dem Titel 100 Jahre Berthold Simonsohn.

Dokumentation der Festveranstaltung an der Goethe-Universität Frankfurt/Main am 24. April 2012 anlässlich des 100. Geburtstags von Berthold Simonsohn

herausgegeben von Micha Brumlik und Benjamin Ortmeyer ISBN 978-3-943059-04-5 Preis 7,80 Euro

Bezug über den Buchhandel oder direkt über Protagoras Academicus, Postfach 10 31 17, 60101 Frankfurt/Main (oder über www.protagorasacademicus.wordpress.com)



Bilder von der Festveranstaltung am 24.04.2012: Das Podium

Alle Fotos: David Schommer



Rege Beteiligung des Publikums

Neuerscheinung von Berthold Simonsohn

Berthold Simonsohn: Ausgewählte Schriften. Hrsg. von Wilma Aden-Grossmann

Kassel April 2012: kassel university press. ISBN 978-3-86219-254-0, 280 S. Preis 20 Euro

Berthold Simonsohn, geboren 1912 in Bernburg / Anhalt war ab 1962 Professor für Sozialpädagogik und Jugendrecht an der J. W. Goethe-Universität, Frankfurt a. M. Als Verfolgter ab 1933 widmete sich der promovierte Jurist der Sozialarbeit in den jüdischen Gemeinden Nordwestdeutschlands bis zu seiner Deportation nach Theresienstadt und in weitere Lager. Im Nachkriegsdeutschland wurde Simonsohn mit der Gründung und Leitung des jüdischen Wohlfahrtsverbandes beauftragt.

In seinen Reden und Schriften trat er für Rechtsstaatlichkeit, Ausbau der Demokratie und soziale Gerechtigkeit ein. Mit theoretisch wie praktisch begründeten Forderungen zur Reform des Jugendstrafrechts war er seiner Zeit voraus.

Das Buch enthält Schriften

- über das Ghetto Theresienstadt,
- für Frieden und Verständigung im Nahen Osten,
- zur jüdischen Sozialarbeit,
- über Sozialpädagogik und Jugendrecht
- und die juristische Dissertation von 1934 über "Hochverrat".

Herausgeberin: Wilma Aden-Grossmann ist em. Profes-sorin der Universität Kassel. Sie veröffentlichte

"Berthold Simonsohn – Biographie des jüdischen Sozialpädagogen und Juristen (1912 -1978)", Frankfurt 2007: Campus Verlag

Weltoffene Stadt Frankfurt: Roma im Occupy-Camp behördlicherseits unerwünscht

"Das Frankfurter Ordnungsamt sieht nicht allein im Occupy Camp ein Problem. Es möchte vielmehr noch vor der beabsichtigten Räumung Ende Juli die Roma-Flüchtlinge vom Platz, aus der Stadt und aus dem Land vertreiben. Angeblich würden sie lediglich illegal campieren und so die öffentliche Ordnung stören. Diese Argumentation teilt das Camp nicht. Sie sehen die Roma wie alle anderen als ein Teil des Widerstandes gegen ei-ne unmenschliche Politik", heißt es in einer Presseerklärung des "Fördervereins Roma e.V.", zu der Absicht, den Aufenthalt einer Roma-Familie, darunter eine im achten Monat schwangere Frau, zu kriminalisieren.

Wurzellos, heimatlos, obdachlos - das begründet in den Augen der städtischen Ordnungshüter den Umstand, auch gleich für rechtlos erklärt werden zu können und zusätzlich die Möglichkeit und Fähigkeit abgesprochen zu erhalten, überhaupt ein ernstzunehmendes politisches Anliegen mit dem Aufenthalt im Camp zu vertreten. Dazu Occupy Frankfurt in einer Presseerklärung: "Die Stadt Frankfurt hat bereits Zwangsgelder wegen dem aus ihrer Sicht illegalen Camp-Aufenthalt der Roma Familie verhängt. Dazu stellt Occupy: Frankfurt fest: "Wir haben in dem Campbereich kein Hausrecht und unterstützen das politische Anliegen der Roma. Wir werden uns nicht dem Druck der Stadt Frankfurt beugen und heimatlose Menschen (darunter hochschwangere Frauen) vollends in die Gosse zu stoßen. Nach unserer Auffassung hätte eine Stadtverwaltung, die ihre soziale Verantwortung ernst nimmt, längst für einen angemessenen Wohnraum (zumindest für die schwangeren Frauen) gesorgt." Das Verlangen nach menschenwürdigen Lebensbedingungen gehört in den Augen der städtischen Ordnungshüter offenbar nicht zu den vertretbaren politischen Anliegen, jedenfalls nicht,. wenn man einer marginalisierten Bevölkerungsgruppe wie den Roma und Sinti angehört, für die in einer kapitalistischen "Ordnung", die Menschen prinzipiell nur unter dem Gesichtspunkt ihrer höheren Nützlichkeit für die Zwecke der Kapitalvermehrung betrachtet, kein Platz ist. Das ist bedauerlicherweise nichts wirklich Neues wie auch nicht die Tatsache, dass sich diese Tendenz mit wachsender Krisenhaftigkeit in Menschen verachtender Weise verschärft. Volkes Stimme (Beitrag aus einem öffentlichen Internetforum): "Was Thomas Occupy 52 da so von sich gibt hätte bei Gericht wohl kaum ein sinn. Weil ich kann nicht rechtsbruch begehn in dem ich verboternerweise in einem Öffendlichen Park zu Campen obwohl es dort verboten ist und Planzen anzubauen ohne genehmigung. Aber dann auf Rechtsbruch pochen wenn die Stadt ihr Recht das deutlich auf ihre seite ist dann druchzusetzen. Ich kann ja auch nicht einfach in eine fremde Wohnung eindringen und mich dort heimisch einrichten ohne erlaubniss des rechtsmäsigen Mieter. Das dann der Mieter der Wohung mich raus haben will ist wohl klan und das er das recht auf seiner seite ist wohl auch klar und er würde vor jedem Gericht recht bekommen. Da könnt ich jahre auf rechtsbruch pochen was nichts nutz und auch jedem der klar denken kann das auch einsieht.,, (Sprachverwendung so im Original)

In einer unter dem Gesichtspunkt des Eigentums an Grund und Boden und dem ganzen Rest fix und fertig aufgeteilten und territorialisierten Welt sind Roma und Sinti seit jeher die Zuspät- und Unpassendgekommenen. Und so ist die Tatsache, dass alles schon irgendjemandem gehört, auch gleich Beweis genug, dass die Ansprüche, die Roma stellen könnten, selbstredend eine Anmaßung bedeuten, die man zurückweisen muss. Oder die einem ebenfalls von altersher bestehendem Verdacht unterzogen werden müssen: "... und noch was ...du sprichst von MITSTREI-TERN... bist du da sicher, dass diese leute an euren politischen zielen interessiert sind, oder ob sie euch nur ausnutzen ?" (Ein weiterer Diskutant des Internetforums - Hyhbg, v. E. O.). Hier regt sich keimhaft die Idee des sozialen Parasitentums, die denn auch einen der Hauptgründe dafür hergeben musste, dass eine bisher unbekannte Zahl von Roma und Sinti in den deutschen Vernichtungslagern umgebracht wurde. (s. FLZ 01-2012) Antiziganismus, das Ressentiment gegen Sinti und Roma, als eine europaweite Erbsünde der Moderne führt auch in der Gegenwart besonders in Osteuropa zu wachsender Diskriminierung und Ausschreitungen gegen Mitglieder der Bevölkerungsgruppe. Vorgänge wie die in dieser und der vorigen FLZ dokumentierten aber zeigen, dass Antiziganismus auch in Deutschland nach wie vor ein weiter bestehendes Problem behördlicher Praxis und öffentlicher (und privater) Meinungsbildung ist, das von einer Bildungsgewerkschaft wie der GEW mit ihrem humanen und aufklärerischen Anspruch nicht ignoriert werden darf.

Ernst Olbrich

Rezension Pädagogische Wege zur Überwindung der Vorurteile

Das Methodenhandhuch zum The ma Antiziganismus ist eine instruktive Handreichung für alle, die in der pädagogischen Praxis an einer gründlichen und selbstreflexiven Auseinandersetzung mit dem antiziganistischen Ressentiment interessiert sind. Es bietet neben einer Einführung in die Geschichte der Sinti und Roma im deutschsprachigen Raum und in die Wirkungsweise der antiziganistischen Vorurteilsstruktur vor allem eine Vielzahl von aufeinander aufbauenden handlungsorientierten Übungen, die für den Einsatz in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit geeignet sind. "Das vorgestellte Methodenkonzept zeichnet sich durch Alltagsnähe und flexible Methoden aus, welche nicht auf das bloße Erzeugen und Sichern von bestimmten Lernergebnissen abzielen, sondern vielfältige Erfahrungs- und Erkenntnisbereiche bieten," so die Herausgeber, die das Projekt mit der Unterstützung durch wissenschaftliche Begleiter und gemeinsam mit Personen aus dem Kreis der Sinti und Roma erarbeitet haben. Dem Konzept liegt ein Begriff von politischer Bildung zugrunde, der beim bloßen Erwerb von Wissen nicht stehen bleibt, sondern "auf die ganze Persönlichkeit der Lernenden und insofern aus Kenntnisse, Fähig

keiten, Emotionen, Einstellungen und Orientierungen" abzielt. Dem Textbuch mit seinen ausführlichen Übungsbeschreibungen liegt eine Multimedia-DVD mit Kopiervorlagen, Kurzfilmen und Bildmaterial, z.T. als PP-Präsentation, bei. Zwei variierbare Vorschläge für eieinwöchige Seminargestaltung sind beigefügt. Das Konzept richtet sich an Jugendliche ab dem zwölften Lebensiahr.

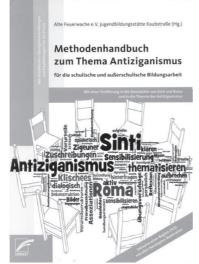
Alte Feuerwache e. V. Jugendbildungsstätte Kaubstraße (Hg.): Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit; Unrast-Verlag Münster 2012; 19,80 Euro.

Ernst Olbrich

Methodenhand-

Antiziganismus

buch zum Thema



Rezension **Die Zigeuner –**eine europäische Erfindung Ausgrenzung. Vertreibung. Flucht päischen Sprache und damit a

Ausgrenzung, Vertreibung, Flucht vor Diskriminierung, Abschiebung – das sind bis in die Gegenwart kennzeichnende Merkmale der Lebenssituation vieler Roma und Sinti in Europa, wobei auch so "zivilisierte" Nationen wie Deutschland oder Frankreich keine Ausnahme darstellen, wie man es z. B. der schändlichen Abschiebekampagee Sarkozys 2011 gegen rumänische Roma entnehmen konnte. Über die den gesamten Zeitrahmen seit ihrer Einwanderung nach Europa umfassende Spanne verfolgt Klaus-Michael Bogdal diese als

päischen Sprache und damit als entfernte "Verwandtschaft" der europäischen Völker identifiziert, während andererseits idealisierende Stereotypien im Rahmen der "Zigeunerromantik" – vor allem die Fiktion der sexuell attraktiven, weil von moralischen Koventionen unberührten und damit "wilden" und "glutvollen" Zigeunerin – ihre wesensmäßige Fremdheit in Bildern der Exotik festschreibt: Ein Sujet, das in der Figur von Mérimées/Bizets "Carmen" einen Höhepunkt erfährt und in Formen wie der Kommerzialisierung der Fla-



Europa erfindet die Zigeuner Eine Geschichte von Faszination und Verachtung,

Ortlosigkeit bezeichnete Situierung der vom Beginn ihrer Anwesenheit unerwünschten Fremden im europäischen Denken und schreibt damit eine "Geschichte von Faszination und Verachtung" (so der Untertitel seines Buchs Europa erfindet die Zigeuner). Zur Erklärung der im europäischen Selbstbild tief verwurzelten grundsätz-lichen Abscheu und Verachtung gegenüber den "Zigeunern" zeigt der Autor auf, dass Roma und Sinti am Scheidepunkt eines Epochenwandels einwandern, der mit einer grundlegenden Veränderung der soziopolitischen Gesamtlage einhergeht, innerhalb deren "sich territoriales Denken zu einer "Norma-litätsvorstellung" entwickelt. In einem Gebiet, in dem die Vergabe der "Claims" in Form von Verfügung über Grund und Boden bzw. Standeszugehörigkeit gerade neu geordnet wird und damit die soziale bzw. nationale Herkunft und die Verfügungsgewalt über die gegebenen Ressourcen bestimmend für die Identität werden, verkörpern die Ankömmlinge das extrem Andere einer sich gerade formierenden spätfeudal-frühbürgerlichen Welt.

Die von Bogdal überaus detailreich dargestellte Auseinandersetzung des europäischen Denkens in Literatur, Historiographie und Wissenschaften mit seinem Gegenstand zeichnet die Stationen der Ausgrenzung der unerwünschten Bevölkerungsgruppe nach, aber auch ihrer gleichfalls der Zementierung von exotischer Fremdheit zuarbeitenden Romantisierung.

Die ursprünglich als Auswan-

Die ursprünglich als Auswanderer ägyptischer Herkunft (daher die bis heute gebräuchliche englische Bezeichnung der gypsis) begriffenen und anfänglich zum legendenumwitterten Teil der christlichen Heilsgeschichte (v)erklärten Roma und Sinti, werden mit der Romantik zu Objekten der wissenschaftlichen Forschung, besonders der Sprachwissenschaft, die sie als Träger einer indoeuro-

mencokultur sowie der filmischen Popularisierung "wilder", von "ursprünglicher" Emotionalität erfüllter Zigeunerfiguren bis in die Gegenwart nachwirkt.

Wie sich europäisches Denken auch jeweils mit den Fremden auseinandersetzt, stets geschieht es in ausgrenzender Weise, dies gilt sowohl für die rassekundlichen Fest-legungen der Aufklärung, die Völkern als Forschungsgegenstand von Natur gegebene unveränderliche Eigenschaften zumessen wie auch für die ethnographische Forschungsrichtung des neunzehnten Jahrhunderts mit ihrer Unterscheidung von "Kultur-" und "Naturvölkern": Ihre "Enteuropäisiserung [der Romvölker, E. O.] bedeutet Herabsetzung. Körper, Mentalitäten und Handlungen der Romvölker werden durch die Darstellungsweisen der Zigeunerethnographen so re-präsentiert, dass ihr Anderssein eine fremde, bedrohliche Gestalt annimmt." Diese "ethnische Säube-rung in den Köpfen" ist deswegen so verfänglich, weil sie unter dem Schutzmantel wissenschaftlicher "Objektivität" daherkommt und doch nur die objektivierende Verfestigung eines Ressentiments bedeutet Dass sie zugleich den Mordexzessen der NS-Vernichtungsmaschinerie ideologisch den Boden mit bereitete erschließt sich aus einer kritischen Geschichtsbetrachtung. Sie wirft zugleich die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung wissenschaftlicher Forschung als stets weiterbrennende Wunde eines aufklärerischen Erkenntnisinteresses in den Humanwissenschaften auf. Bogdals materialreiche Studie setzt hier einen Glanzpunkt, dem eine große Resonanz unter all denen vergönnt sein sollte, die sich tiefer gehend mit dem antiziganistischen Ressentiment befassen wollen. Klaus-Michael Bogdal, Euro-

Klaus-Michael Bogdal, Europa erfindet die Zigeuner, Eine Geschichte von Faszination und Verachtung, Suhrkamp-Verlag, Berlin 2011, 589 S, 24,90 Euro.

Ernst Olbrich

SEITE 14 FLZ Nr. 3/12

Keine Zustimmung zum ESM und Fiskalpakt

nachfolgend dokumentieren wir 1. die Beschlüsse des Bezirksvorstandes und des Landesvorstandes zum "Europäischen Stabilitätsmechanismus" und zum sogenannten Fiskalpakt.

Wenn die Bundesregierung die Beschlussfassung im Bundestag von Ende Mai auf das Ende der Sitzungsperiode verschieben musste, so deshalb, weil sie in Verhandlungen mit der SPD- und der GRÜNEN-Spitze hofft, eine 2/3-Mehrheit für eine grundgesetzändernde Mehrheit erhalten zu können.

Wir wollen nicht darüber spekulieren, wie ein NEIN der irischen Wahlbürger im Referendum zur weiteren Destabiliserung der Institutionen der EU beigetragen hätte. Wir wollen aber dennoch darauf hinweisen, dass das JA auf schwachen Füs-sen steht: die wichtigsten irischen Gewerkschaften hatten dazu aufgerufen, mit NEIN zu stimmen und ernteten eine Angstkampagne vor dem Zusammenbruch der Euro-Zone und damit dem Verlust der Ersparnisse und Einkommen (nicht nur) der irischen Arbeitnehmer. Mit dieser Angstkampagne wird gegenwärtig auch in Griechenland versucht, dass in der Neuwahl des griechischen Parlaments am 17. Juni das NEIN zu den Memoranden der Troika von EU-Kommission, EZB und IWF nicht zum Durchbruch kommen kann.

Wir dokumentieren 2. die mail des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Zimmer vom 11. Mai, der bisher als einziges MdB auf die Briefe des Bezirksvorstandes mit der Forderung nach Ablehnung von ESM und Fiskalpakt reagierte. Wir können nicht von einer Antwort sprechen, denn er ging mit keinem Wort auf den Inhalt der Resolutionen ein. Aber wir müssen 3. seinen Text kommentieren.

Zimmer wirft unter ad 1 dem Bezirksvorstand "schulmeisterliche Verwirrung" vor, in ad 2 erklärt er ihn "frei von Sachkenntnis", in ad 3 findet er "solche undifferenzierte und sachfremde Argumentation" "schlicht zum Kotzen".

Wir sind psychoanalytisch nicht genug ausgebildet, um hier ein Psychogramm von Herrn Zimmer zu entwerfen, meinen aber doch, ein gewaltiges Maß Angst vor der Realität (dem Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber auch seiner Politik des "Strukturwandels") feststellen zu können, die ihn dazu treibt, gewerkschaftliche Gliederungen und deren Beschlussfasung für nicht zurechnungsfähig zu erklären.

Wir wollen hier auch nicht ausführlicher auf seine jüngsten Äußerungen zum polizeilichen Ausnahmezustand in Frankfurt in der Woche vor Pfingsten eingehen und verweisen auf seine homepage und seine Rede im Bundestag am 25. 05. (für Frankfurter besonders interessant, wie er dabei den gewählten, aber noch nicht amtierenden neuen Oberbürgermeister zu demontieren versucht)

H. Becker / L. Ott.









Proteste während der Blockupy-Tage im Mai 2012 in der Bankenmetropole Frankfurt am Main

Resolution des GEW Bezirksverbands

er GEW Bezirksverband bekräftigt

erneut die Grundpositionen "dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht für die Krise und Staatsverschuldung zahlen sollen, die sie in keiner Weise verantworten" und "so wenig wir uns der sogenannten Schuldenbremse in Deutschland unterwerfen, so wenig akzeptieren wir die Diktate zum Schuldenabbau in anderen Ländern" (aus: Beschluss der Landesdelegiertenversammlung der GEW Hessen, 12. 11. 2011).

Unsere Solidarität gilt insbe sondere unseren Kolleginnen und Kollegen im Bildungsbereich. Der Generalsekretär der griechischen Lehrergewerkschaft OLME hat uns berichtet, wie in seinem Land die von der Troika diktierten Sparmaßnehmen die Bildungslandschaft verwiisten. Wir solidarisieren uns mit allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften in Europa, die in Kämpfen bis hin zu Generalstreiks das Diktat der EU und der Finanzmärkte und die Abwälzung der Schuldenlasten auf die Arbeitnehmer ablehnen und ihre demokratischen und sozialen Errungenschaften, besonders auch im Bildungsbereichs, die Kollektivverträge und die Tarifautonomie verteidigen. Sie handeln damit auch in unserem

Solidarität mit den Kolleg/innen in Griechenland, ...heißt für uns, sich hier gegen alle Maßnahmen wenden, die diese Politik in ganz Europa vorantreiben und ihre demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte – auch bei staatlicher Repression – zu verteidigen.

Über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und den damit untrennbar verbundenen Fiskalpakt soll im Mai im Bundestag abgestimmt werden.

Wir teilen die Einschätzung des Landesvorstands der GEW Baden-Württemberg:

"Der ESM bildet eine neue Institution der EU, die der gesamten Eurozone im Namen von Finanzhilfen die strengsten Auflagen wie in Griechenland diktieren kann und der darüber hinaus dafür sorgen soll, dass auch in Zukunft die Forderungen der Banken und Finanzanleger bedient werden.

Der Fiskalpakt bedeutet die Einführung und Verschärfung der Schuldenbremse in ganz Europa. Er verlangt nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt (wie die Schuldenbremse im Grundgesetz), sondern dass bei einem Schuldenstand von über 60% (gemessen am BIP was für fast alle Euro-Länder zutrifft) jährlich 5% der Differenz zu 60% abgebaut werden müssen. Für Deutschland bedeutet dies nach Berechnungen des DGB zusätzliche Kürzungen von ca. 30 Mrd. Euro jährlich! Dies betrifft alle öffentlichen Haushalte - auch die Länder und damit die Bildung.

Mit dem Rettungsschirm ESM und dem Fiskalpakt schaffen die EU und die Regierung Merkel die rechtlichen Grundlagen, um die Spar-, Sozial- und Lohnabbauprogramme, so wie sie in Griechenland praktiziert werden auf alle Europäischen Länder auszuweiten. Diese Programme gefährden nicht nur Demokratie und Arbeitnehmerrechte, sie stellen insbesondere die Tarifautonomie und damit die Gewerkschaften und ihre Existenz in Frage. Und sie führen unweigerlich zu weiteren Kürzungen in den öffentlichen Haushalten – und damit auch bei der Bildung." (Beschluss vom 24. 03. 2012)

Mit dem Fiskalpakt beschneidet die EU die Demokratie, weil das Haushaltsrecht der Parlamente "nur im Einverständnis aller Mitgliedsstaaten aufgelöst werden kann. Der ESM wiederum kann von seinen Mitgliedsstaaten mit einfacher Mehrheit – also auch gegen die Stim-me Deutschlands – eine beschleunigte Einzahlung seines Kapitals verlangen." Und zudem auch seine Aufstockung im Krisenfall. (FR, 12. 04. 2012) Deshalb braucht die Bundesregierung auch eine verfassungsändernde 2/3-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat.

Entsprechend unserem gewerkschaftlichen Auftrag als Interessenvertretung der Arbeitnehmer/innen und auf der Grundlage des LDV-Beschlusses lehnt der GEW-Bezirksvorstand den Rettungsschirm ESM und den Fiskalpakt ab und fordert die Bundestagsmitglieder der Frankfurter Wahlkreise und die Landesregierung auf, dem ESM und dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen.

> Beschluss des Bezirksvorstandes vom 17, 04, 2012

Beschluss des Landesvorstands der GEW-Hessen vom 03. Mai 2012

Resolution zu ESM und Fiskalpakt Die GEW sieht aufgrund der zu erwartenden Mittelkürzungen im Zusammenhang mit dem ESM und Fiskalpakt eine nicht zu duldende Bedrohung für den Bildungsbereich und das Sozialwesen.

Der Landesvorstand beauftragt den Geschäftsführenden Vorstand...

...in einem Brief an die Bundestagsmitglieder aus Hessen diese aufzufordern, im Bundestag den ESM und Fiskalpakt abzulehnen. ...in einem Brief an die Hessische

Landesregierung diese aufzufordern, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, den ESM und Fiskalpakt zu verhindern. Im Besonderen gilt dies für die Mitwirkung der Bundesländer an der Gesetzgebung im Bundesrat.

...den Bundesvorsitzenden und den Hauptvorstand der GEW aufzufordern, innerhalb der GEW, des DGB und der demokratischen Öffentlichkeit initiativ zu werden, um der Forderung nach Ablehnung von ESM und Fiskalpakt Nachdruck zu verleihen.

Mail des MdB Matthias Zimmer, CDU

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Resolution habe ich erhalten und mich kräftig gewundert. Man kann ja den ESM und den Fiskalpakt ablehnen, aber die in der Resolution vorgebrachten Argumente halte ich nicht für überzeugend.

Ad 1.:

Die Griechenlandhilfen haben weder mit dem ESFS noch dem ESM etwas zu tun. Sie sind europäische plus IWF-Hilfen, die, wie es bei, IWF üblich ist, unter bestimmten Konditionen gewährt werden. Kein Mensch hat Griechenland gezwungen, die Hilfen anzunehmen. Hier von "Diktaten" zu sprechen mag von schulmeisterlicher Verwirrung zeugen, aber leider nicht von Sachkenntnis.

Ad 2.:

Hinter den Forderungen der Gläubiger stecken nicht selten große Summen privater Altersvorsorge etwa von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus den USA oder anderen Ländern. Fallen diese aus, so ist die Altersvorsorge dieser Menschen dahin. Hier nur pauschal von Finanzspekulanten zu sprechen und damit zu unterstellen, das Geld fließe lediglich in die Yachten und Villen der reichen und Superreichen ist entweder frei von Sachkenntnis oder von hoher polemischer Qualität.

Ad 3.:

Die Krokodilstränen über Griechenland finde ich langsam schon zynisch. In Deutschland haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über mehr als zehn

Jahre den Strukturwandel und die dadurch möglich gewordene Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft mit Reallohneinbußen erkauft. Griechenland hat nach seinem Beitritt zum Euro von den erheblichen Zinsgewinnen profitiert - nicht mehr bis zu 17% auf griechische Anleihen waren fällig, sondern deutlich weniger, Sie haben das zusätzliche Geld aber nicht dazu verwendet, ihre Infrastruktur zu verbessern, sondern den alten Trott fortgesetzt: Wenig Transparenz, hohe Korruption, einen enorm aufgeblähten öffentlichen Sektor und vieles mehr. Mit anderen Worten:

Griechenland hat in den vergangenen Jahren schon nicht schlecht von den Leistungen unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelebt. Wie wollen wir denn unseren Arbeitnehmern klar machen, dass sie jetzt zum zweiten Mal für die griechische Party bezahlen sollen?

Ich könnte weiteres aufgreifen, ich lasse es. Als Gewerkschafter finde ich eine solche undifferenzierte und sachfremde Argumentation, wie sie in dem Beschluss des Bezirksvorstandes der GEW zum Ausdruck kommt, schlicht zum Kotzen. Aber das sei nur mal zwischen Kollegen offen

Mit trotzdem noch kollegialem Gruß, Matthias Zimmer MdB

PS: Ich hoffe, dass sich aus meiner mail doch recht eindeutig ergibt dass ich der Aufforderung, dem ESM und dem Fiskalpakt nicht zuzustimmen, nicht nachkomme.





Proteste während der Blockupy-Tage im Mai 2012 in der Bankenmetropole Frankfurt am Main

Kommentierung der Mail

Vorab: Zimmer wirft unter ad 1

dem Bezirksvorstand "schulmeisterliche Verwirrung" vor, in ad 2. erklärt er ihn "frei von Sachkenntnis", in ad 3. findet er "solche undifferenzierte und sachfremde Argumentation" "schlicht zum Korzen".

Diese unqualifizierten Vorwürfe und Verleumdungen weisen wir scharf zurück

Zimmer leugnet, dass die "Hilfe" der Troika zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit (Zahlung der fälligen Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme) des griechischen Staates verknüpft ist mit einem in Europa nie zuvor erlebten "Strukturanpassungsprogramm".

Solche SAPs erlebten zuvor ehemalige Kolonialstaaten mit den bekannten Folgen von Massenarmut. Zimmer verleugnet insbesondere, dass die von der damaligen PASOK-Regierung geforderten Maßnahmen in zahlreichen Streiks, mehrmaligen Generalstreiks und letzthin in der Parlamentswahl vom 6. Mai von der Mehrheit der griechischen Arbeitnehmerschaft und Bevölkerung insgesamt abgelehnt und bekämpft wurde/wird.

Ad 2:

Hier macht sich Zimmer scheinbar zum Anwalt der zukünftigen Rentner in den USA und anderen Ländern. Dass die "Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer" zu Recht um ihre Alterseinkünfte bangen müssen, mag folgendes Zitat belegen: "Öffentliche und private Pensionsfonds in den USA haben in den vergangenen anderthalb Jahren zwei Billionen Dollar (knapp 1,5 Billionen Euro) verloren, wie der Präsident des Rechnungshofs des US-Kongresses (CBO), Peter Orszag, am Dienstag erklärte. Seit Mitte 2007, dem Beginn der Krise um faule Kredite in den USA, sei der Wert der Fonds um 20 Prozent gesunken..." (Der Spiegel, 08. 10. 2008).

Was soll man von einem solchen Anwalt halten, der kein Problem darin sieht, dass vorenthaltener Lohn anstatt zur Altersvorsorge von Arbeitnehmern von "Finanzspekulanten" hochriskant eingesetzt wird?

Ad 3:

Besonders in diesem Teil vermengt sich Richtiges und Falsches bei der Situationsbeschreibung auf eine Weise, wie sie täglich von dem bebilderten Unbewußtmachungsblatt Deutschlands praktiziert wird. Besonders zynisch finden wir dabei dass die Agendapolitik der Schröder-Merkel-Regierungen mit ihrem "Strukturwandel" und Reallohneinbußen als freiwilliges Opfer der ArbeitnehmerInnen verkauft werden soll, damit die ,Wettbewerbsfähigkeit der (deutschen) Wirtschaft" erhalten/gestärkt wird.

An dieser Stelle erkennt und benennt Zimmer auch nicht mehr Unterschiede in der griechischen Gesellschaft; hier ist keine Rede mehr von griechischen ArbeitnehmerInnen, die möglicherweise nicht "über ihre Verhältnisse gelebt haben". Der Propagandist des Mottos "Wir sitzen alle in einem Boot" behauptet, dass dieses Motto sich wohltuend abhebe von den Griechen, die "den alten Trott fortsetzen", "Party feiern", anstatt die Geldgeschenke für die "Verbesserung der Infrastruktur" zu nutzen.

Abschließend möchten wir betonen, dass die Entgegensetzung von ArbeitnehmerInnen aus verschiedenen Ländern und das Schüren von Spaltungen zwischen den Völkern nicht mit den gewerkschaftlichen Prinzipien der Solidarität übereinstimmen. Aus seiner email geht nicht hervor, dass sich Herr Zimmer - auch als CDA-Vorsitzender von Hessen – ihnen verpflichtet fühlt.

Im übrigen hat sich der GEW-Bezirksvorstand in seiner Sitzung am 12. 06. 2012 zustimmend hinter die Kommentierung der Mail von MdB Zimmer gestellt und wird in dieser Thematik weiterhin aktiv, insbesondere im DGB tätig sein.

Eurobonds und "die Deutschen"

Das ZDF-Politbarometer titelte am

25. Mai 2012: "Deutsche klar gegen Eurobonds". Die Forschungsgruppe Wahlen hatte mal wieder gefragt und herausbekommen: 79% der Deutschen lehnen Eurobonds ab, 14% sind dafür, der Rest "weiß es nicht".

Da stellen sich der interessierten Fernsehzuschauerin doch einige Fragen:

Die erste: wie gelingt es der Forschungsgruppe, auch wirklich nur "Deutsche" zu befragen? Bis in die wievielte Generation muss man Deutscher sein, um der Befragung für würdig befunden zu werden?

Die zweite: Wissen wirklich so viele der Befragten über Eurobonds und ihre Auswirkungen Bescheid, so dass sie ein solch klares Urteil fällen können? Oder geht es hier möglicherweise darum, die Kanzlerin in ihrer Ablehnung von Eurobonds durch ein überzeugendes Votum der Bevölkerung zu unterstützen? Schließlich sind wir eine Demokratie. dass alle Länder für diese Kredite die gleichen Zinsen bezahlen müssen. Damit wären die Zinsen für Länder wie Griechenland und Italien niedriger und für Länder wie Frankreich und Deutschland höher als bisher. Sind Sie ...

■ für solche Eurobonds oder ■ sind Sie dagegen?"

Jetzt war eigentlich alles klar! Eher empfand ich es als verwunderlich, dass trotz dieser Fragestellung noch 14% für Eurobonds votiert haben. Da kann man nur sagen: mutig! Was wäre gewesen, wenn die Frage gelau-

"Eurobonds werden derzeit als Lösung für die Eurokrise diskutiert. Manche warnen, damit werde die Zinsbelastung für den Bundeshaushalt steigen. Andere Wissenschaftler glauben, dass die Ausgabe gemeinsamer europäischer Schuldpapiere die Spekulation eindämmen und die gesamte Europäische Union stabilisieren wird. Weil der gesamte Euro-



Marianne Friemelt blockupies

Neugierig geworden, suchte ich die Internetseite des ZDF auf, um die konkrete Fragestellung kennenzulernen, auf die "die Deutschen" mit so großer Mehrheit geantwortet hatten. Fehlanzeige! Dort standen nur die Nachrichten, die auch im Fernsehen gekommen waren. Eine Mail an das ZDF blieb ohne Antwort.

Nun wollte ich es genau wissen und mailte an die Forschungsgruppe Wahlen. Eine freundliche Mitarbeiterin mailte mir nach nochmaliger Rückfrage, was ich denn eigentlich genau wolle, die Frage. Sie lautete: "Zur Lösung der Euro-Krise gibt es den Vorschlag, so genannte Eurobonds einzuführen. Das heißt, dass die Euro-Länder gemeinsame Kredite aufnehmen und für diese Schulden gemeinsam haften. Das hätte zur Folge,

Raum mit seiner Wirtschaftskraft dahinter stehe, sei mit höheren Zinsen wahrscheinlich nicht zu rechnen. Sind Sie

■ für solche Eurobonds oder

■ sind Sie dagegen?"

Und damit bewahrheitet sich einmal mehr der Satz: "Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!" Davon abgesehen hat sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit einer solch manipulierten Umfrage einmal mehr disqualifiziert. Ein bisschen mehr Neutralität stünde den Damen und Herren gut an. Wenn sie das nicht hinkriegen, sollten sie die Fragerei einfach sein lassen.

Marianne Friemelt

SEITE 16 FLZ Nr. 3/12

Blockupy Demonstranten sind in der Stadt (frei nach Reinhard Mey)

Leute, nehmt eure Wäsche weg, schließt die Gartentür zu:

Demonstranten sind in der Stadt!
Bringt die Katz ins Versteck, die Wäscheleine dazu:
Demonstranten sind in der Stadt!
Und was da nicht ganz niet- und nagelfest ist,
Und was keinen Riegel vor hat,
Das wird sofort geklaut und bleibt ewig vermisst:
Demonstranten sind in der Stadt!
Erbarmen, Demonstranten sind in der Stadt!

Wirte, macht den Bierhahn dicht:
Sichert dreifach das Tor:
Demonstranten sind in der Stadt!
Löscht im Fenster das Licht,
Nagelt Balken davor:
Demonstranten sind in der Stadt!
Die pfeifen und gröln bis der Morgen anbricht,
Die würfeln und fressen sich satt,
Die raufen und saufen und zahlen dann nicht:
Demonstranten sind in der Stadt!



An die Schulen schreibt Ruhetag,
Alle Tore macht zu:
Demonstranten sind in der Stadt!
Bevor es wie ein Schicksalsschlag
Durch die Lernanstalt fegt:
Demonstranten sind in der Stadt!
Die kneifen Eure Kinder mit frevelnder Hand,
Verwüsten die Stuben euch glatt.
Wer demonstriert, steckt auch Schulen in Brand:
Demonstranten sind in der Stadt!
Erbarmen, Demonstranten sind in der Stadt!

Juweliere holt eure Habe rein,
Die Budiken schließt ab:
Demonstranten sind in der Stadt!
EZB: zähl die Euros,
Lass die Gitter herab:
Demonstranten sind in der Stadt!
Die plündern den Keller, die Goldreserven,
Die feilschen und fordern Rabatt
Und zu guter Letzt fehlt den Investoren das Geld:
Demonstranten sind in der Stadt!
Erbarmen, Demonstranten sind in der Stadt!

Bürger, bringt euch in Sicherheit,
Polizei, leg den Prügel bereit:
Demonstranten sind in der Stadt!
Macht Wasserwerfer und Kamera bereit,
Und dann rette sich wer kann:
Demonstranten sind in der Stadt!
Die schänden Eure Frauen und Töchter alsbald,
Doch nicht nur was Röcke an hat,
Die machen auch vor Greis und Haustier nicht halt!
Demonstranten sind in der Stadt!
Erbarmen, Demonstranten sind in der Stadt!

Oh, Heiliger Bartholomäus,
Schutzpatron dieser Stadt,
Demonstranten sind vor dem Tor!
Zerschlag Transparent und Luftballons,
Die Trompeten walz platt:
Demonstranten sind vor dem Tor!
Oh, schütz uns vor Sturmesflut, Feuer und Wind,
Vor Pest und vor Epidemien
Und vor Demonstranten, die auf Reisen sind,
Oder lass mich mit ihnen ziehn!

17. Juni: Tausend Sandsäcke für die Finanztransaktionssteuer! Dammbau vor der Frankfurter Börse!



Ende Juni geht es beim Treffen der EU-Finanzminister mal wieder um die Finanztransaktionssteuer – und wieder mal wird ohne Druck von unten wenig passieren! Daher werden wir am 17. Juni einen Wall aus tausenden Sandsäcken vor der alten Frankfurter Börse errichten und fordern:

Finanzspekulation endlich eindämmen! Finanztransaktionssteuer Jetzt!

Mit einer solchen Steuer könnten die Finanzmärkte entwaffnet und Banken und Spekulanten als Verursacher der Finanzkrise an den Kosten der Krise beteiligt werden. Doch auch wenn die Zahl der Befürworter einer solchen Steuer immer weiter steigt: Noch verhindert die Finanzlobby ihre Einführung. Nur mit politischem Druck aus der Bevölkerung haben wir eine Chance, endlich Sand ins Getriebe der allzu freien Märkte zu streuen.

Attac organisiert die Aktion gemeinsam mit Campact, Oxfam Deutschland und lokalen Gruppen im Rahmen der Kampagne "Steuer gegen Armut", zu dem sich 90 zivilgesellschaftliche Organisationen zusammengeschlossen haben.

Aus dem Aufruf

Menschenkette gegen Fluglärm am Frankfurter Mainufer am 24. Juni 2012

Acht Frankfurter Bürgerinitiativen rufen, in Zusammenarbeit mit dem Bündnis der Bürgerinitiativen, gemeinsam zur großen Menschenkette am südlichen Mainufer am Sonntag, den 24. Juni 2012 auf. Unter dem Motto "Hand in Hand für unsere Zukunft" wollen die am stärksten vom Fluglärm betroffenen Stadtteile Frankfurts gemeinsam ihrem Protest Ausdruck verleihen. Von Niederrad bis Oberrad werden sie eine vier Kilometer lange Menschenkette direkt am Mainufer bilden.

Die Treffpunkte für die detailliert geplante Aktion sind die sieben Brücken (Friedensbrücke bis Flößerbrücke) auf der Sachsenhäuser Mainseite um 15 Uhr. Eine große Abschlußaktion aller Bürgerinitiativen wird um circa 16 Uhr auf der Untermainbrücke stattfinden.

Ziel der Menschenkette ist es, die Öffentlichkeit auf die unerträgliche Belastung des Frankfurter Südens und der gesamten Rhein-Main Region durch die Inbetriebnahme der neuen Landebahn Nordwest hinzuweisen. Zudem sollen die Bürger für das Thema der steigenden Schadstoffbelastung sensibilisiert werden und die Politik zum Umdenken bewegt werden.

Die gemeinsamen Forderungen der Frankfurter Bürgerinitiativen lauten:

Unter dem Motto "Hand in Hand für unsere Zukunft" rufen die acht Frankfurter Bürgerinitiativen alle Bürger auf, gemeinsam für ein lebenswertes Frankfurt einzutreten.

- Stilllegung der Landebahn Nordwest
- Keine Flughafenerweiterung
- Einhaltung der gesetzlichen Nachtruhe von 22-6 Uhr
- Deckelung der Flugbewegungen
- Kontrolle und Verminderung der Luftschadstoffe

Pressemitteilung vom 21. 05. 2012

Den Redaktionschluss der nächsten FLZ finden Sie demnächst auf unserer Homepage:

Ein gesundheitsgefährdender Flugbetrieb kann aus Sicht des Ärztetages nie wirtschaftlich sein

Entschließung des 115. Deutschen Ärztetags (Mai 2012 in Nürnberg)

Auf Antrag von Herrn Dr. Lenhard und Herrn Dr. Peters fasst der 115. Deutsche Ärztetag folgende Entschließung:

Der 115. Deutsche Ärztetag fordert den Bundesrat, die Bundesregierung und die Landesregierungen sowie die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) auf, die Bevölkerung in Deutschland nachhaltig und umfassend¹ vor den Folgen des Flugverkehrs durch Flugzeugabgase und Lärmemissionen zu schützen.²

Das bestehende Fluglärmgesetz und die untergeordneten Regelwerke sind kurzfristig so zu überarbeiten, dass aktuelle wissenschaftliche Evidenz berücksichtigt wird. Dazu sind Ärzte und Lärmforscher in die Überarbeitung der Gesetze und Regelungen aktiv einzubeziehen.³

Für den Prozess der Überarbeitung der Gesetze muss gelten, dass dieser vergleichbar den Prinzipien einer Leitlinienerstellung in der Medizin stattfindet: evidenzbasiert, Interessenkonflikte der Beteiligten aufdeckend und darlegend, transparent und partizipativ.

Sämtliche Regelungen für den Flugbetrieb müssen so angelegt werden, dass sie eindeutig vorrangig den Schutz der Bevölkerung adressieren und erst nachrangig die Wirtschaftlichkeit der Fluganbieter und Flughäfen.

Ein gesundheitsgefährdender Flugbetrieb kann aus Sicht des Ärztetages nie wirtschaftlich sein.

Begründun

Die bestehenden Regelwerke sind nicht in der Lage, die Bevölkerung wirksam zu schützen. Es gibt einen offensichtlichen Widerspruch im Schutzniveau zwischen den Landesimmissionsschutzgesetzen4, dem Bundesimmissionsschutzgesetz⁵ und dem Fluglärmgesetz⁶ dergestalt, dass das Fluglärmgesetz die schlechteste Schutzwirkung vor Lärm entfaltet. Dies wird noch verstärkt, wenn die quellenspezifische Wirkung des Fluglärms betrachtet wird. Die Grenzwerte im Fluglärm gesetz sind deutlich zu hoch und stehen in einem offensichtlichen Widerspruch zur vorhandenen Evidenz aus nationalen wie internationalen Studien. Erschwerend kommt hinzu, dass die Lärmberechnungsverfahren der Problematik der Einzelschallereignisse nicht wirklich gerecht werden. Dies ist unhaltbar, da damit Risiken verharmlost und Kausalitäten sowie Verantwortlichkeiten verdeckt werden.

Im Ergebnis entstehen durch die unzureichende Gesetzgebung zm Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm u.a. folgende Probleme und Problemfelder:

- Die Bevölkerung wird vermeidbaren Risiken durch Lärm und Emssionen ausgesetzt, die alle Bereiche des Lebens betreffen, so den Aufenthalt im Freien, das Lernen in Schulen, Wohnräume, Erholungsgebiete sowie viele soziale Interaktionen u.v.m.
- Es werden vermeidbare Gesundheitsstörungen und Krankheiten ausgelöst.

 Durch die falsche Definition von Grenzwerten werden kausale Auslöser negiert und damit letztlich die Verantwortlichkeiten für die Schädigungen verdeckt.

Dac haift

- Die schädigenden Wirkungen des Flugverkehrs werden auch über Behandlungskosten in das GKV-System kollektiviert.
- Die Schädiger (Airlines und Flughäfen) können ihre Gewinne ungestraft abführen (vermeidbare Gesundheitskosten Frankfurt) Main: ca. 400 Mio Euro nur für die Behandlung von Herz-Kreislauf-Patienten; Flasbarth in: DER SPIEGEL 11/2012), während die Flugwirtschaft in Europa jäbrlich 30 Milliarden Euro Subventionen erhält.
- Zusätzlich wird die durch Fluglärm und Flugemissionen geschädigte Bevölkerung erheblichen privaten wirtschaftlicheh Risiken ausgesetzt, da Wohneigentum entwertet wird. Zusätzlich zu gesundheitsschädigenden Wirkungen werden so weitere sozial wirkende Probleme veranlagt, die Krankheitswert und -bedeutung erlangen können.

Es ist nicht hinnehmbar, wirtschaftliche Interessen wider besseren Wissens flächendeckend zu Lasten der Gesundheit und der Lebensqualität der Bevölkerung durchzusetzen. Gerade weil es aus vielen Studien klare Hinweise und Belege für schädigende Wirkungen der Flugemissionen gibt, muss hier dringend ein Paradigmenwechsel stattfinden.

Aus Sicht der Ärzteschaft hat Prävention immer Vorrang vor der Therapie eindeutig vermeidbarer Krankheiten. Ärzte sollten dann behandeln, wenn es sein muss. Ärzte haben die Pflicht, auf Missstände hinzuweisen, um die Bevölkerung vor unnötigen Gesundheitsgefahren zu warnen.

Anmerkungen

- 1 Umfassend meint sowohl den Tagflugbetrieb als auch besonders den Schutz der Nachtrube in der Zeit mindestens von 22.00 bis 06.00 Uhr.
- 2 Die Forderung zum Schutz vor Lärm gilt auch für andere Lärmarten. Aufgrund der hohen regionalen Punktbelastung werden besonders die Fluglärmemissionen thematisiert.
- 3 Der bundesweite "Arbeitskreis Ärzte gegen den Fluglärm" kann die Arbeiten koordinieren.
- 4 Siehe entsprechende Gesetze der Länder
- 5 Bundesimmisionsschutzgesetz: http://www.gesetze-im-internet. de/bimschg/
- 6 Fluglärmgesetz: http://www.gesetze-im-internet.de/flul rmg/